

Die Bundesregierung will etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit tun: das ist sehr löblich, weil überfällig. Die Bundesregierung will zu diesem Zweck u. a. die Städtebauförderungsmittel für 1986 von ursprünglich geplanten 330 Millionen DM auf etwa 1 Milliarde DM aufstocken. Auch das erscheint zunächst einmal sehr lobenswert. Zusammen mit den gleichfalls erhöhten Mitteln der Länder und Kommunen von jeweils 650 Millionen DM stünden 1986 insgesamt ca. 2,3 Milliarden DM zur Verfügung. Mit den dadurch ausgelösten Privatinvestitionen würden dann ca. 11,5–23 Milliarden DM im Bereich der Stadterneuerung umgesetzt werden (gegenüber vorher kalkulierbaren 5–10 Milliarden).

Dennoch kommt bei dieser Meldung keine rechte Freude auf. Warum nicht? Städtebau allgemein, und Stadterneuerung besonders ist ein „sensibler Bereich“, und als solcher für kurzfristige konjunkturelle und beschäftigungspolitische Initiativen denkbar schlecht geeignet (jedenfalls dann, wenn man sich auch noch für die Inhalte interessiert, um die es dabei geht und nicht nur für den zügigen Mittelabfluß der Sonderförderung). Das vergleichbare „Zukunftsinvestitionsprogramm“ (ZIP) hat ja auch mancherorts eher zu hektischer Betriebsamkeit als zu langfristig sinnvollen Problemlösungen geführt. Nicht, daß Städtebau und Stadterneuerung die avisierte Förderung im Prinzip nicht brauchen, ganz im Gegenteil: folgt man neuen Problemdefinitionen und Aufgabenbeschreibungen, die etwa die sogenannte „Nachbesserung“ der 60er/70er Jahre-Siedlungen ebenso in dieses Aufgabenfeld eingebunden sieht wie das großflächige Recycling von Industriebrachen, einschließlich der Beseitigung ökologischer Zeitbomben im Untergrund (auf Neuhochdeutsch: „Altlastenbeseitigung“), dann sind selbst 23 Milliarden erst ein Anfang. (Allein für die Bauschadensbeseitigung des in den späten 60er Jahren in Berlin gebauten „Märkischen Viertels“ werden nach ersten Schätzungen mindestens 750 Millionen DM erforderlich sein). Was aber in hohem Maße bedenklich gegenüber dem plötzlichen Geldsegen stimmen muß, sind die zu erwartenden und zu befürchtenden Begleitumstände und Folgen der Programmabwicklung.

Verfolgt man die Diskussionen der letzten Jahre um die Städtebauförderung, so dürfte man allenfalls bei optimistischen Annahmen ein Halten der Förderungshöhe von ca. 1 Milliarde jährlich erwarten. Darauf hatten sich die meisten Länder und Kommunen wohl auch in ihren mittel- und längerfristigen Dispositionen eingerichtet. Schließlich haben gerade die Kommunen die härteste Sparwelle der Nachkriegsgeschichte zur Sanierung ihrer Finanzen hinter sich bzw. befinden sich noch mitten darin. Und so hat ein Begriff in den Diskussionen am Städtebau und Stadterneuerung in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, ohne den man in der Tat keine seriöse und langfristig verantwortungsbewußte (d. h.: die Folgen kalkulierende) Sanierungspolitik machen kann: die Versteigerung der Förderung. Jetzt also wird das Gegenteil davon kommen, nämlich ein gewaltiger Ruck: fragt sich nur, ob er letztlich nach

Kolumne Städtebauförderung „Städtebauförderung aus der Schublade?“

vorne oder hinten gerichtet sein wird.

Was wird passieren? Zuallererst werden in den Städten und Gemeinden, die sich an dem neuen Windhunden beteiligen wollen und können – (dazu weiter unten noch eine Bemerkung) – die Schubladen aufgezogen werden. Und was wird dabei herauskommen? Eine Menge von Plänen, teils frisch, teils angestaubt, teils gute, wahrscheinlich viele schlechte, aus der Zeit unkritischer Wachstumserwartungen, denen ein Verbleiben an jenem dunklen Ort so gut tun würde, wie den betroffenen Städten. Aber man hat ja auf die Schnelle nichts anderes, und schnell muß es jetzt schon gehen, sonst könnten ja die konkurrierenden Städte A und B einen ungewollten Vorsprung im interkommunalen Wettbewerb erringen. Also wird manches Parkhaus-, Tiefgaragen-, Citycenter-, Fußgängerzonen- und Stadttheater-Restaurierungsprojekt fröhliche Urständ feiern. Diese Projekte sind überwiegend oder gar alle so unnützlich und schädlich wie großflächige Wohnungsmodernisierungsprogramme, mit denen vielerorts die gerade in Zeiten strukturell bedingter, langandauernder Massenarbeitslosigkeit empfindlichen preiswerten Wohnungsteilmärkte wegmодernisiert wurden und werden. Und genau um Wohnungsmodernisierungen soll es jetzt auch wieder vorrangig gehen. Oder denkt man in Bonn daran, endlich in großem Maßstab sozial verträgliche Programme von Mietermodernisierung und Selbsthilfeunterstützung zu realisieren? Wohl kaum.

Wie überhaupt zu befürchten ist, daß für die oben angedeuteten wichtigen Erneuerungsaufgaben in den seltensten Fällen schon schnell umsetzbare Planungsprogramme vorhanden sind. Abgesehen davon stellen die eingeschlifenen Verfahren der Förderung im Rahmen von St-BauFG-Sanierungen ein Korsett dar, in das Neues momentan nur schwer hineinpaßt. Nicht zuletzt wird es ein Kompetenzgerangel geben: sind das nicht Aufgaben, für die wir Ressorts und Ressourcen für z. B. Verkehr, Umweltschutz, Wohnungsbau haben? Ich setze dagegen: wie, wenn nicht mittels der querschnittsorientierten Städtebauförderung können die ökologisch und gesellschaftspolitisch relevanten neuen Problemfelder schnell, unbürokratisch und wirksam angegangen werden? Wird dennoch alles beim gewohnten Alten bleiben? Vielleicht können die neuen Aufgaben im Rahmen der Sonderförderung wenigstens in planerisch anspruchsvollen Großversuchen vorbereitet werden, wenn den am Planungs- und Realisierungsprozeß Be-

teiligten dazu überhaupt noch die Zeit bleibt.

Eine weitere Befürchtung betrifft die absehbare Tendenz, zur Stärkung der Verwaltung gegenüber parlamentarischer Kontrolle und zum Abbau von Bürgerbeteiligung bei Stadterneuerungsvorhaben, (die übrigens ganz im Trend liegt, wenn man mal die Abschnitte über Stadterneuerung in den „Materialien zum Baugesetzbuch“ liest). Bis auf diejenigen Schubladenpläne, die einen gründlichen öffentlichen Diskussionsprozeß schon hinter sich haben – (und das dürften die wenigsten sein) –, werden die übrigen Maßnahmen wohl im Eiltempo über die Bühne gezogen, um ausgabewirksam zu werden. Denn wieviele Parlamentarier werden schon die Courage aufbringen, gegen eine schlecht beratende Maßnahme zu stimmen, wenn dadurch ihre Realisierung gefährdet würde?

Nun ein Wort zur bundesweiten Verteilung und den strukturellen Effekten, die zu erwarten sind. Da der Bund auf dem Prinzip der Komplementärförderung beharrt, sind von vornherein die finanzstarken Städte und Gemeinden im Vorteil, die den erforderlichen Eigenanteil locker aufbringen können. Und das wird dann wohl eher Böblingen als Emden, München als Dortmund sein. Mit anderen Worten: die Sonderförderung läuft Gefahr, die Reichen reicher, die Habenichtse und Problemgemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit und kurzer kommunalaufsichtlicher Leine noch ärmer zu machen. Das Nord-Süd-Gefälle wird sich verstärken, die Arbeitslosigkeit im Ganzen vielleicht etwas vermindert werden, in den arbeitsmarktpolitischen Problemzonen aber nur marginal, wenn überhaupt.

Dazu noch folgender Gedanke: Sanierungs-Insider wissen, daß für die einzig verantwortbaren differenzierten und behutsamen Formen und Strategien der Stadterneuerung viele regionale Arbeitsmärkte kaum noch etwas hergeben, denn dazu braucht man Fachkräfte, die aufgrund einer jahrelangen verfehlten Ausbildungspolitik rar sind. Auch das läßt befürchten, daß man mit grobem Gerät anrücken wird, das auch von Un- und Angelegenen bedient werden kann. Das heißt weiterhin auch: alle mühsamen Versuche, Stadterneuerung kostengünstiger, und damit auch bewohnerorientierter zu machen, geraten in akute Gefahr, von der schnellen Geldwelle in die Papierkörbe gespült zu werden. Wer soll denn daran (außer den Mietern, die in diesem Spiel ohnehin die schlechtesten Karten haben), noch Interesse haben, wenn wieder geklotzt statt gekleckert wer-

den darf?

Was kann oder sollte denn nun geschehen, um die befürchteten Folgen des plötzlichen Geldsegens in Grenzen zu halten? Zuallererst sind Bund und Länder gefordert, klare strukturpolitische Prioritäten zu setzen, wenigstens für den Sonderförderungsanteil, der über den ursprünglichen Ansatz hinausgeht. Das heißt konkret: die Böblingen und Münchens bekommen nichts, die Emden und Dortmunds das Doppelte. Das bedeutet natürlich auch: das Beharren auf der Komplementärförderung muß hinsichtlich des Gemeindeanteils – bis auf eine symbolische Summe – im Falle finanzschwacher Gemeinden aufgegeben werden. Sodann müssen die Erneuerungsaufgaben schnellstmöglich neu definiert und planerisch sorgfältig vorbereitet werden. Dazu hat z. B. Karl Ganzer für Nordrhein-Westfalen mehrfach bedenkenswerte Anregungen gegeben, ebenso wie man aus Modellen der Altbau-IBA (Hämer) oder aus Nürnberg-Gostenhof schnell lernen sollte, um nur einige stellvertretend für leider noch spärliche, zukunftsweisende Lösungsansätze zu nennen. Dazu sollte es auch möglich sein, das Städtebauförderungsgesetz flexibel im Sinne „einfacher“ Stadterneuerung einzusetzen – die Novellierungsdiskussionen laufen ja ohnehin in diese Richtung.

Warum soll eine Sanierungsmaßnahme in einer lärm- und abgasgeschädigten Großstadt nicht in der städtebaulichen Integration von Hauptverkehrsstraßen bestehen? Das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet wäre dann z. B. 3–5 km lang und 100–200 m breit. Zugegeben: das wäre schon ungewöhnlich, aber was spricht eigentlich dagegen? Oder warum sollten nicht großflächige Bodenentsiegelungs- und Stadt-„Verwaldungs“-Programme in smoggefährdeten Städten unter diesem Namen laufen? Das gilt ebenso für flächendeckende Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wie Tempo-30-Zonen. Die dazu sicher nötigen Kontrolleure und „Hilfspolizisten“ könnten selbstverständlich auch aus Städtebauförderungsmitteln finanziert werden – als „Beauftragte“ der Städte und Gemeinden. Das schafft auf einen Schlag eine Menge Arbeitsplätze, und das nicht nur für Bauarbeiter.

Was las man doch gerade in der Frankfurter Rundschau? Ein großangelegtes, durchgeplantes System für bewohnerorientiertes Plakettenparken im völlig zugeparkten Sachsenhausen wird nicht kommen, weil die Stadt Frankfurt die notwendige Einstellung von 32 Hilfskräften scheut. Herr Wallmann: das wäre doch eine schöne Profilierungschance als neuer Städtetagspräsident, wenn Sie das unter dem Signum St-BauFG-Förderung durchsetzen könnten. Oder vielleicht nicht? Und auch für Herrn Minister Schneider, dessen Ministerium ja zunehmend unter Legitimationsdruck geraten ist, müßte es doch ein Anreiz sein, unkonventionelle Formen von Städtebauförderung zu erproben, die sich auf die Überlebenschancen seines Ministeriums günstig auswirken könnten. Oder vielleicht nicht? Man wird sehen!

Christian Kopetzki

Urbanistica Nr. 78, Frühjahr 1985

Die italienische Zeitschrift *Urbanistica* ändert mit der 78. Ausgabe, der ersten im Jahr 85, die Redaktion und den Herausgeber. Es handelt sich dabei nicht um irgendeine Zeitschrift: *Urbanistica* hat nicht nur die Entwicklung des Städtebaus in Italien verfolgt und sichtbar gemacht, sondern sich besonders in den fünfziger und sechziger Jahren mit der Entwicklung des Städtebaus identifiziert, daß sie in beinahe exklusiver Weise zum Träger und Sprachrohr des italienischen Städtebaus im Ausland wurde.

Gegründet 1932 als zweimonatig erscheinendes Blatt der piemontesischen Regionalabteilung des Nationalen Städtebaulichen Instituts, wurde sie zwei Jahre später das offizielle Organ der INU (Istituto Nazionale Urbanistica). Aber erst seit 1949 wurde *Urbanistica* unter der Leitung von *Adriano Olivetti*, dem Mäzen unter anderem des Planes von Ivrea und *Giovanni Astengo* als Chefredakteur, eine der Angelpunkte der italienischen Architekturlandschaft der Nachkriegszeit. Der wesentliche Beitrag von Olivetti bestand in der wissenschaftlichen Begründung des Städtebaus. Er sollte in der Hand der örtlichen Verwaltungen zum Instrument sozialer Neuorganisationen werden. Gibt es eine Planung, die nicht im Gegensatz zu den Prinzipien der Demokratisierung der Verwaltung steht? – so könnte man die Zielsetzung von damals umreißen.

In dieser Zeit spielte die Zeitschrift im Gründungsprozeß der städtebaulichen Disziplin in Italien eine fundamentale Rolle. Als offizielles Organ der INU war sie auch Begründer kultureller und politischer Initiativen, die Städtebaugesetzgebung zu verändern.

1960 starb Olivetti, 1977 verließ Astengo die Redaktion der Zeitung. Es waren die Jahre der Krise des italienischen Städtebaus, der anfang seine eigenen Grundsätze, seine Idee der Rationalität und seine Rolle in der Gesellschaft in Frage zu stellen. Der Fortschrittsglaube begann zu verblasen.

Mit den Kommunalwahlen 1975 erhielt zum erstenmal eine Anzahl größerer Städte eine linksgerichtete Stadtverwaltung. Damit sah sich auch die fachliche Diskussion gezwungen sich mit den Realitäten auseinanderzusetzen, was nicht immer in befriedigender Weise geschah.

Zur Festlegung der neuen redaktionellen Richtlinien von *Urbanistica* im Herbst 84 in Stresa, unterstrich *Edoardo Salzano*, der Präsident der INU und Stadtratmitglied für Städtebau in Venedig (PCI) nochmals, daß es heute auf dem Gebiet des Städtebaus keine allgemeingültigen Regeln mehr gebe, stattdessen, besonders im Bereich der lokalen Verwaltungen, veränderbare und von einander abweichende Erfahrungen. Für diese umfangreiche Aufgabe will sich die neue Zeitschrift als Bezugs- und Orientierungspunkt anbieten, als Ort des Informations- und Erfahrungsaustausches, aber auch als Ort präziser Dokumentation neuer bezeichnender Entwicklungen auf dem Gebiet der Stadt- und Kommunalplanung im Ausland.

Der neue Direktor der Zeitschrift heißt *Bernardo Secchi*. Er war Dekan

Zeitschriftenschau



der Architekturfakultät des „Politecnico di Milano“ und ist Städtebauer und Ökonom. In den letzten Jahren beschäftigte er sich mit der kritischen Revision der Anfänge des Städtebaus (*Racconto urbanistico*, Einaudi, 1984, Turin). Indem er die Analyse der interdisziplinären Diskussionen bis zum Anfangspunkt zurückverfolgt, legt er die ethischen und normativen Charaktere der Ziele und Instrumente des Städtebaus bloß. Und es war gerade dieser normative Anspruch an die Technik des Eingriffs, der gegenüber der Realität nicht standhielt. Heute erscheinen die städtebaulichen Resultate nicht mehr so leichtfertig übertragbar auf verschiedenartige Situationen. Der Städtebau muß sich vielmehr mit den Problemen, Verschiedenheiten und Besonderheiten der verschiedenen städtischen Realitäten auseinandersetzen.

Das neue Ziel der Zeitschrift kann nach Meinung von *Bernardo Secchi* nur darin bestehen, das Neue zu signalisieren, es an Hand verschiedener Beispiele aufzuzeigen und die Spezifität der verschiedenen Situationen hervorzuheben.

Das Heft 78 der neuen Zeitschrift behandelt die Beziehung zwischen Stadt und Bahn, den Regulierungsplan von Bologna, den Plan des historischen Zentrums von Palermo, den Zusammenhang produktiver Dezentralisierung und technologischer Innovation in den USA und die Traditionen von architektonischen und städtebaulichen Wettbewerben. Die darauffolgende Ausgabe wird sich unter anderem mit der Planung kleiner Stadtzentren und dem Entwurf von Quaronen für die Tabakfabrik in Bologna beschäftigen.

Die Zeitschrift, die vierteljährlich erscheint, ist in ihrer Aufmachung sicherlich bescheidener als zu Zeiten von Astengo und dem Mäzenatentum von Olivetti. Was nicht dagegen spricht, daß die neue *Urbanistica* in einer Phase der Rückbesinnung, die die aktuelle ital. Städtebaupraxis kennzeichnet, ein wichtiges Ereignis ist: ein weiteres mal scheint *Urbanistica* in der Entwicklung der städtebaulichen Disziplin den Ton im Land mit anzugeben.

Ludovica Scarpa

Übersetzung: Reinhard Lepel



Casabella Nr. 508, Dezember 1984

Die Diskussion über die Zukunft der Stadt Mailand macht dieses Mal den Schwerpunkt von *Casabella* aus. Kürzlich hat die Stadtverwaltung der Öffentlichkeit ein Dokument vorgelegt, das sog. *documento direttore*, das den Rahmen der künftigen städtebaulichen Planung aufzeigen soll. Rückgrat der Entwicklung ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrssystems, d.h. die Trassierung der U-Bahn-Linie Nr. 3 sowie eine Wiederbelebung alter Eisenbahnstrecken als S-Bahn-Linien (das sog. *progetto passante*). Entlang dieser Verkehrsachsen hat man unterschiedliche städtische Bereiche lokalisiert, in denen Eingriffe erfolgen sollen. Die Einzelmaßnahmen sind im Rahmen sog. *progetti d'area* (Stadtteilentwicklungspläne) teilweise schon als detaillierte Vorschläge ausgearbeitet worden. Die Grundzüge der Planung gehen von einem weiteren wirtschaftlichen Wachstum und vor allem einer zunehmenden Ausbreitung des tertiären Sektors aus. In der Auseinandersetzung um dieses Planungsdokument, in der *Casabella* sowohl Vertreter der Stadtverwaltung als auch deren Kritiker zu Wort kommen läßt, geht es insbesondere um drei Aspekte:

- 1) um das in der italienischen Planungspraxis recht neue Instrument des *progetto d'area*: Inwieweit handelt es sich hierbei noch um ein städtebaulich/stadtplanerisches Instrumentarium mit recht allgemeinen Festlegungen bzw. inwieweit fordert der kleine Maßstab dieser Projekte schon präzise architektonische Festlegungen? (eine ähnliche Debatte wie sie auch in der Bundesrepublik in Bezug auf den Stadtteilentwicklungsplan erfolgt ist)
- 2) um die Konzeption der regionalen Verkehrsinfrastrukturen, die zum Teil aus Überlegungen, die noch aus den sechziger Jahren stammen, basiert
- 3) um die konkreten architektonischen Vorschläge für zwei Stadtbereiche, das Messegelände (*Fiera-Portello*, eine Megastruktur der Dienstleistungen) und den Bereich um den Hauptbahnhof (*Garibaldi-Repubblica*, Hochhaustürme in

einem Grünzug für Fußgänger verteilt). *Casabella* bemängelt, daß bislang alle Vorschläge vom Reißbrett der Mitarbeiter der Stadtverwaltung oder ihr nahestehender Architekten stammen und keine nationalen oder gar internationalen Wettbewerbe ausgeschrieben wurden. *Guido Canella* wirft in seinem Beitrag der Stadt Mailand vor, daß sie mit dieser Planung dem Bild eines Frankfurt, Boston oder Manhattan nacheifere und dabei die eigentliche städtebauliche Identität verliere bzw. im besten Fall das historische Stadtzentrum zu einer musealen „Akropolis“ degradiere.

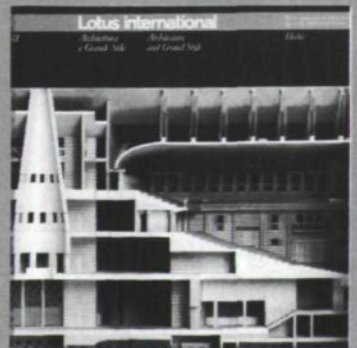
Ein weiterer Beitrag ist ebenfalls Mailand gewidmet: und zwar den Theaterbauten für das *Piccolo Teatro*, die aus einer Zusammenarbeit zwischen dem Architekturbüro *Marco Zanuso* und Italiens wohl renommiertesten Theaterregisseur, *Giorgio Strehler*, resultieren. Das kleine experimentelle Theater, ein Umbau des alten Teatro Fossati, ist schon fertiggestellt; der eigentliche Neubau des *Piccolo Teatro* steht in diesem Jahr bevor.

Darüber hinaus gibt es einen ausführlichen Bericht über das neueste Werk von *Herman Hertzberger*, ein Altersheim in der neuen Stadt *Almere*, sowie die Rezensionen zwei kürzlich erschienenen Bücher, die auch für eine deutsche Leserschaft von größerem Interesse sein dürften: *Carlo Scarpa – Opera completa*, hrsg. von F. dal Co und G. Mazzariol, Mailand 1984; *Ennio Concina, L'Arsenale della Repubblica di Venezia – Tecnica e istituzioni*, Mailand 1984.

Michael Peterek

Lotus 42

Architettura e grande stile lautet die Überschrift zu dieser Nummer von *Lotus*: die Architektur auf der Suche nach einer Ästhetik, auf der Suche nach dem „Schönen“. Einzig und allein um die formalen Aspekte dreht sich in diesem Fall die Auseinandersetzung. Das Bemühen um eine aussagekräftige Architektursprache ist das, was die Reihe der bunt gemischten und unterschiedlichsten Zusammenhängen entnommenen Bauten und Entwürfe verbindet: den Entwurf für das *Teatro Carlo Felice* von Aldo Rossi, das Projekt für ein *Hochhaus in Buenos Aires*, ebenfalls von Rossi, die von *Christian de Portzamparc* in Paris erbaute *Musikhochschule*, die *Reichsbank in Stockholm* von *Peter Celsing*, *Leon Kriers* Entwurf für den *Ager Campanus*, d.h. das Gebiet um Caserta in Süditalien, das *Museum in Gibellina* von *Francesco Venezia* u.a.m.



Peter Eisenman kommt mit einem nur schwer lesbaren Essay über Kompositions- und Dekompositionsprozesse in der Architektur zu Worte, und J.P. Kleihues stellt eine persönliche Auswahl von Beiträgen zum Wettbewerb für das Gelände des Prinz-Albrecht-Palais in Berlin vor.

Eine Fülle an Material und vor allem – das läßt sich nicht in Frage stellen – an sehr „schönen“ Zeichnungen und auch Fotoaufnahmen. Von der Findung eines Stils, gar eines einheitlichen oder großen Stils, kann jedoch keine Rede sein.

Michael Peterek

archithese 1-85

Mit dem Themenschwerpunkt „Sauberkeit und Hygiene“ bringt archithese 1-85 einen Aspekt in die gegenwärtige Architektur- und Planungsdiskussion zurück, der auch unter Architekten noch weitgehend dem Verdikt der herrschenden „Scham- und Peinlichkeitsstandards“ (Gleichmann) unterliegt – die Reinlichkeitspraktiken der Menschen und der Umgang mit ihren Körperausscheidungen. Gleichmann erläutert in seinem einleitenden Artikel („Sauberkeit und Zivilisation“, 2 ff) – den Untersuchungen von Elias „Über den Prozeß der Zivilisation“ folgend – den Zusammenhang von „Praktiken der Körperreinigung sowie ... Techniken des Beseitigens der Körperausscheidungen“, von „sozialen Prozessen“ und damit verbundenen zivilisatorischen Prozessen des „Einhausens“ und „Verhäuslichens“, d.h. Tendenzen „menschlichen Selbstdomestizierens“. Diesen komplexen Zusammenhang konkretisiert er in seinem zweiten Beitrag („Die Verhäuslichung von Harn- und Kotentleerung“, 8 ff) am Beispiel der Entwicklung der Praktiken des Urinierens und Defizierens im Zusammenhang mit den sozialen und sozialräumlichen Veränderungsprozessen im 19. Jahrhundert. Für ihn sind die Tendenzen zur „vollständigen Einhausung der vormals selten, gelegentlich oder gar nicht verborgenen Verrichtungen“ an entsprechenden Orten in der Stadt und den Häusern vor dem Hintergrund erhöhter Peinlichkeitschwellen und durchgesetzter „Peinlichkeitsvorschriften“ („Scham- und Peinlichkeitsstandards“) die „auslösenden Momente für den Bau von (städtischen – E.K.) Entwässerungsanlagen“. Mit den Verhaltensänderungen und den neuen Stadtreinigungs- und Kanalisationssystemen verloren die Städte die „Verfügbarmöglichkeiten über ihre Körperausscheidungen“ (Verstaatlichung oder Kommunalisierung); dies erzeugte neue „Interdependenzzwänge“ (Abhängigkeit von öffentlichen Instanzen und von Bau- und Geräteindustrien) und den Umbau des menschlichen Affekthaushaltes (Vereinheitlichung). Somit vergrößerte sich der Abstand des Menschen zu seinen Exkrementen und zu den Menschen, die sie beseitigen.

Sicherlich war die Tendenz des „Selbstdomestizierens“ ein „auslösendes Moment“, jedoch spielten auch die Hygieneforderungen der Mediziner und Moralstatistiker eine wichtige Rolle bei der „Gesundung

der Stadt“. Im beginnenden 19. Jahrhundert mußten die Zeitgenossen nämlich erkennen, daß die ehemals wirksame Abriegelung der Stadt gegen das Einschleppen von Seuchen (Pest und Blattern) keinerlei Schutz vor der neuen Seuche, Cholera, bot. Am Beispiel Basels beschreibt Birkner („Die Stadt im Schatten der Epidemien“, 15 ff) die administrativen, planerischen und städtebaulichen Folgen der ersten Cholera-Epidemie in den 30er Jahren. Bemerkenswert ist dabei, daß in Basel erst die Fähigkeit des Bürgertums zur Distanznahme von Schmutz und Geruch durch Einführung des Wasserklosets die Durchsetzung des Kanalisationsprojekts ermöglicht hat.

Ursula Paravicini zeigt in ihrem Beitrag („Von der Wohnung des Bürgers zur Wohnung für die Massen“, 19 ff), daß sich die „Verhäuslichung“ der Körperreinigung und -entleerung (Abort und Bad) sozial abgestuft durchsetzte. Die erhöhten Peinlichkeitsschwellen – durch Veränderung der Einstellung zum eigenen Körper und zur Sexualität seit der Reformation und Gegenreformation –, vor allem die Angst vor Ansteckung und die entsprechenden neuen Normen von Ordnung und Sauberkeit verschärfen die Distanzierung des Bürgertums von den „gefährlichen“ Klassen, vom Geruch und Schmutz, die aber erst durch die städtischen Wasserleitungs- und Kanalnetze und die neue Sanitärtechnik („water-closet“) wirksam wurde; das private WC und zeitverzögert das Badezimmer wurden schnell Bestandteile der Wohnung aller bürgerlichen Schichten. Sowohl die bürgerliche Diskussion über Hygiene als auch die Gartenvorstädte, der gemeinnützige und Werkwohnungsbau, vor dem ersten Weltkrieg quantitativ kaum von Bedeutung, änderten die soziale und hygienische Situation im Arbeiterwohnungsbau nicht grundlegend. Erst in der Zwischenkriegszeit mit dem sogenannten sozialen Wohnungsbau, der Entwicklung der Haustechnik und der Ver- und Entsorgung setzten sich die Prinzipien der Raum-Hygiene auch im Arbeiterwohnungsbau durch. Die aus funktionalen und Kostengründen entwickelte Platzierung und Ausstattung des Badezimmers ist heute noch weitgehend üblich; auch heute orientiert es sich „an der kalten Nüchternheit und ängstlichen Reinlichkeit seiner Vorgänger“.

„Dieser spezielle Raum in der Wohnung ist die Verkörperung des Sauberkeits-Feldzuges“, bemerkt Geneviève Heller („Weiß, strahlend, glatt“, 35 ff). Sauberkeit sei nicht nur unerlässlich für die Gesundheit, sondern habe – so die „Fortschrittsideologie des Jahrhundert-Endes“ – weitere Tugenden: Förderung und Spiegel der Sittlichkeit, Aufrichtigkeit und Reinheit der Seele. Dem entsprechen die vorrangige Verwendung der Farbe Weiß, heller Beleuchtung, widerstandsfähiger Materialien und glatter Armaturen, die Herstellung glatter Flächen und die Vermeidung toter Winkel. Aber auch hier herrschen Marktgesetz und Modeströmungen; neuerdings werden „großzügig ausgestattete Räume mit (pflegeleichten – E.K.) Spannteppich, Nippes und Pflanzen“ propagiert.

Ist dies ein Anzeichen einer neuen Bade- und Körperkultur? Dies ist kaum zu erwarten (siehe Heller). Da der Entwicklungsgang der Geschichte keine reibungslos funktionierende Teleologie kennt, wurden in geschichtlichen Zeiten auch immer mögliche Alternativen produziert. Gerade die heute von den Postmodernisten und Regionalisten so gebeutelte Moderne hat in Teilen solche Alternativen vorgelegt. So sind das Baden als Teil des „Kulturgenusses“ und der Vergleich historischer und zeitgenössischer Badetypen als Grundlage der Entwicklung neuer Badetypen Kernthemen des Werkes von Giedion (Vgl. Dorothee Huber, „Nicht nur reine, sondern auch zufriedene Menschen“, 46 ff). Le Corbusier hat solche Alternativen verwirklicht (Haus in der Weißenhofanlage 1927, eigene Wohnung in Paris 1934 und Villa Savoye) (Vgl. Rüegg, „Le charme discret des objets indiscrets“, 41 ff); hier dringt das Badezimmer in den Schlafbereich ein. Die Offenheit und teilweise Durchdringung von Bade- und Schlafbereich erzeugte – so Rüegg – nicht nur eine räumliche Großzügigkeit, sondern bedeute einen „Schritt in Richtung ‚Badeplausch‘ oder ‚Körperkult‘“ (Villa Savoye) oder erinnere an die „Intimität eines französischen Boudoirs“ (Pariser Wohnung). Wie der hysterische Aufschrei seiner Zeitgenossen beweist, rüttelte diese Konzeption radikal an den herrschenden Verhaltensnormen. „Durch die Neuartigkeit seiner Anlagen“ schuf Le Corbusier „den Ausgangspunkt für eine Neuinterpretation traditioneller

Verhaltensweisen und traditioneller Raumtypen“ (Rüegg).

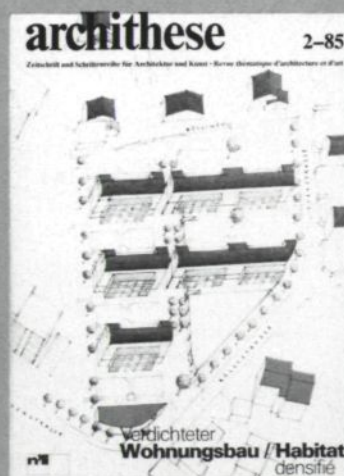
Die kurze Skizzierung ausgewählter Textbeispiele müßte eigentlich durch Kurzdarstellungen der übrigen, nicht weniger interessanten Beiträge von Guerrand („N'est-il pas plus simple de tout jeter à la rue?“), Murard/Zylbermann („Buanderie de la chair“), Perrin-Jaquet („En-deçà de la salle de bains“) und Schunk („Kunst der Hinterzonen“) ergänzt werden – muß aber aus Platzgründen unterbleiben. Die Wahl und Begrenzung der Thematik auf einen Teilausschnitt menschlichen Verhaltens und Lebensweise, der immer noch weitgehend in der Architektur- und Planungsdiskussion ausgeblendet ist, machen diese archithese meines Erachtens schon lesenswert.

Erich Konter

archithese 2-85

Der „verdichtete Wohnungsbau“ ist das Schwerpunktthema der archithese 2-85. Anstelle der bisher üblichen Einleitung ist ein Gespräch zwischen Soziologen, Architekten und dem Redakteur „über verdichtete Siedlungsformen im ländlichen Raum“ wiedergegeben („Von Zwängen und Möglichkeiten“). Enttäuschend ist – vielleicht auch nicht zu erwarten (warum eigentlich?) –, daß die in diesem Gespräch aufgeworfenen wichtigen Fragestellungen und Problemzusammenhänge und die erkennbare kritische Distanz auch einiger der beteiligten Architekten hinsichtlich der Möglichkeiten dieser Siedlungsform und der allgemeinen und verkaufsfördernden Erwartungshaltung (kommunikationsfördernd und gemeinschaftsbildend) weitgehend aus dem Blickfeld der folgenden Projektbeschreibungen verdichteten Wohnungsbau bleiben. Breiten Raum nehmen dabei die Konzeption und die Projekte der Architektengruppe oder besser des Unternehmens „Metron“ ein. Die Grundelemente der neueren Siedlungsbaukonzeption der „Metron“ seien die gleichberechtigte Behandlung des Reihenhauses und der Geschosswohnung, die Schaffung von „Raum für alle“ (Gemeinschaftsräume), die Ablösung flexibler Wohnungsbau-systeme durch Bereitstellung „gleichartiger, wohlproportionierter(?) Räume“ für einen vielseitigen Gebrauch und die „unter strengen ökonomischen Bedingungen“ und der Energiefrage entwickelte „Ästhetik der Sparsamkeit“ (Vgl. Kuhn/Fässler, „Neuere Entwicklungen im Siedlungsbau der Metron“). Der ökonomischen und prozessualen Effektivität wird auch die Frage der Partizipation unterworfen; gehe die Partizipation der „Bauherrngruppe ... auf Kosten der Konzentration aufs Projekt“, werde „dadurch das Modell der Partizipation in Frage gestellt“. Die Partizipation verkümmert dann und wird umformuliert in: „Wie begeistere ich die Bauherren für ein gutes Projekt?“.

Aus dem scheinbar üblichen Architekteneinerlei ragt der Beitrag von Ellen Meyrat-Schlee über das „Wohnen in einem unkonventionellen Mehrfamilienhaus“ („Formen von verdichtetem Wohnen“) wohltuend hervor. Auf der Grund-



lage ihrer Beobachtungen in und um die zu Mietwohnungszwecken umgebaute Papiermühle Küttingen und von Äußerungen der Bewohner macht sie die primären Ursachen für die als positiv empfundenen Lebensverhältnisse, für das Wohlbefinden und die Identifikation der Bewohner in und mit diesem Lebensbereich deutlich: die gebotenen Möglichkeiten zur „Inbesitznahme“ des Raumes auch außerhalb der Wohnung und im nahen Wohnumfeld ohne die Existenz einer Kontrollinstanz, die vorhandenen Gelegenheiten – je nach Bedürfnis – der Öffnung oder des Rückzugs, die günstigen und „freizügigen“ Mietbedingungen, die Wohndauer und die Sozial- und Altersstruktur der Bewohner.

Weitere m.E. erwähnenswerte Artikel sind im Magazin der Zeitschrift zu finden: M. Zulauf zur Kunsteisbahn und Wellenbad Dählhölzli (KaWeDe) aus den 30er Jahren („Modern leben – die KaWeDe 50 Jahre danach“); Sybille Maus zur „Rekonstruktion des Stuttgarter Weißenhofs“, dem sie die Bedeutung eines Gegenmuseums zum Deutschen Architekturmuseum zuweist („Ein 1:1-Museum“); S. Malroys Bemerkungen zu „contributions nouvelles“ zur Erforschung des theoretischen Diskurses über den Urbanismus und seine Institutionalisierung in Deutschland und Österreich am Ende des 19. Jahrhunderts („Histoire de la discipline urbanistique“).

Erich Konter

Vermischtes

Neues Stern-Buch: Rettet den Boden

„Wir sind lange mit dem Boden umgegangen, als wäre er beliebig reproduzierbar und außerdem unbegrenzt zu belasten. Wo wir ihn nicht mit Beton bedeckten, haben wir ihn in der Landwirtschaft mit allerlei produktionsfördernden „Gaben“ belastet ...“ so schreibt Rolf Winter Chefredakteur des Stern im Vorwort zu dem neuen Stern-Buch „Rettet den Boden – Wie die neue Umweltkatastrophe noch zu verhindern ist“.

Das Buch, mit vielen Fotos und Grafiken ausgestattet, sollte all denen die Augen öffnen, die immer noch glauben, Umwelt und Boden seien grenzenlos belastbar.
Preis: 24,80 DM, ca. 300 S.
Bezug: BBU-Versand, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1, Best.Nr. 0814

Wohnmedizinische Checkliste

Zur schnellen und leichten Beurteilung des Gesundheitswertes von Häusern und Wohnungen hat jetzt für Wohnungssuchende, Bauherren, Architekten und Sachverständige die Deutsche Gesellschaft für Wohnmedizin, eine 52seitige „Wohnmedizinische Checkliste“ herausgegeben.

Diese ist zu beziehen bei der Deutschen Gesellschaft für Wohnmedizin e. V., Hagenbuchenstr. 3, 7513 Friedrichstal, durch Überweisung von 14,50 DM (einschl. Versandkosten und MwSt.) auf das Postscheckkonto Karlsruhe (BLZ 660 100 75) Konto Nr. 135 707-758.



Stadt und Architektur im Film

Das Neue Frankfurt

Eine dreiteilige Sendereihe des WDR Fernsehens von Jonas Geist und Jo Krause, Redaktion Knut Fischer (bereits gesendet in WDR III und Hessen III)

Wie andere Großstädte, so war auch Frankfurt/M. nach dem 1. Weltkrieg mit Wohnungsnot, Armut und Arbeitslosigkeit konfrontiert. Zunächst wurden diese Probleme selbstorganisiert angegangen, besonders betr. Energie-, Nahrungs- und Möbelversorgung. Dies alles institutionalisierte sich bald. Ab 1925 wurde Ernst May zum Baustadtrat berufen. Es vereinigte Hoch- und Tiefbau, Planungs-, Grün- und Friedhofswesen sowie die Grundstücksverwaltung unter sich. Es entstanden unter kommunaler Regie die heute ebenso berühmten wie umstrittenen Wohnsiedlungen wie z. B. Römerstadt, Praunheim, Westhausen etc. außerhalb der inneren Stadt. In ihrer Konzeption, Anordnung, Ausführung und Ästhetik waren sie für die Zeit ungewöhnlich. Getragen wurden diese Neuerungen von einer breiten Bewegung, die von der Freiluft und Jugendbewegung bis zu Vertretern des Taylorismus/Amerikanismus reichte, politisch von SPD, KPD bis zur „bürgerlichen Mitte“.

Es wurden nicht nur neue Produktions- und Konstruktionsformen für die Gebäude eingeführt, sondern ebenfalls die Nutzung der Grundrisse in Bezug auf den lokalen Außenraum und die Gesamtstadt wie auch eine Durchrationalisierung der Haushaltsführung konzipiert. Architektinnen und Architekten, die unter dieser Prämisse planten, versammelten sich um May. Weil vieles so neu und ungewöhnlich war, führte man eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit ein und gab die Zeitschrift „Das Neue Frankfurt“ heraus. Zwischen 1925 und 1930 wurden über 16000 Wohnungen gebaut. Finanziert wurde weitgehend über die Hauszinssteuer.

Geist und Krause haben nach zweijähriger Arbeit nun dazu ein dreiteiliges Feature (je 45 Min.) vor-

gelegt, welches sich gliedert in: 1. Neues Bauen, Neues Wohnen, 2. Die Frankfurter Küche, 3. Die Wohnung für das Existenzminimum.

Montiert sind die Features aus zeitgenössischen Filmen, Fotos und Tondokumenten sowie aktuellen Interviews mit Zeitzeugen, sowohl mit Bewohnern – die man teils durch Inserate in der Frankfurter Rundschau oder auch per Zufall gefunden hatte –, als auch Architekten und Produzenten von Patentmöbeln. Besonders interessant sind u. a. Gespräche mit dem Ehepaar Haarer, das einen Teil der Ausstattung der Frankfurter Küche entwickelt hatte und herstellte oder mit Ludwig Rössinger, der fasziniert war von der „Klarheit der Grundrisse“ und der „Helligkeit der Küchen“. Er trat auch mit seiner Familie in einem damals gedrehten Werbefilm für die Kleinstwohnungen auf, der zeigen sollte, wie vielfältig nutzbar diese Grundrisse waren.

Hervorragend ist es Geist/Krause gelungen die historische und gedankliche Ableitung dieser Grundriß- und Haustypen am Modell zu demonstrieren. Redakteur Knut Fischer weist dabei darauf hin, daß die Features bewußt populär gehalten seien, was sich auch in einer „erstaunlich“ hohen Einschaltquote ausdrückte. Nach der Sendung über die Frankfurter Küche kamen besonders viele Anfragen nach Bezugsquellen und Plänen zu der Küche.

Ganz ohne ein Körnchen von Salz ist diese „populäre“ Vorgehensweise offensichtlich nicht, denn Geist/Krause lassen sich, wie auch schon in ihrer fünfteiligen Serie „Küche, Stube usw.“, an einigen Stellen zu unbewiesenen Meinungen resp. Klischees hinreißen. Gerade bei einer Adressatengruppe, die nicht expertisch ist, können solche Äußerungen leicht als empirische rezipiert werden. Beispiele: „die Farbe ersetzt das Ornament“, das beinhaltet die Notwendigkeit des Ornamentes oder seine Substitution; oder die Römerstadt betreffend: „Lage und Gestalt sei „organisch“ der Landschaft angepaßt“, – als stünde der Begriff

„organisch“ nicht für eine naturgegebene, unabänderliche, hierarchische Gesellschaft und deren räumliches Abbild in der Stadt, der sich schon durch das 3. Reich zog (z. B. bei Reichows „Stadtzelle“).

Sieht man von diesen unnötigen sporadischen Einwüfen ab, so kann die Sendung dieser Features auch den anderen ARD Sendern empfohlen werden. Sehr verwendungsfähig scheinen die Filme auch für Seminare, die sich mit Gesellschaftlichkeit der Umweltplanung befassen, insbesondere in Zusammenhang mit weiterführender Literatur. Es handelt sich um historische Dokumenten. Unbedingt zu videografieren!

Volker Roscher

Selektive Literaturhinweise:

Das Neue Frankfurt, (Auswahl-Reprint), bearbeitet von J. Rodriguez-Lores und G. Uhlig, PT Werkberichte, RWTH Aachen 1977

Chr. Mohr/M. Müller, Funktionalität und Moderne, Das Neue Frankfurt und seine Bauten 1925–1933, Frankfurt/M. 1985

M. Müller, Architektur und Avantgarde, Ein vergessenes Projekt der Moderne?, Frankfurt/M. 1984 G. Kähler, Wohnung und Stadt, Massenwohnungsbau der Zwanziger Jahre, Hamburg Frankfurt Wien; Braunschweig/Wiesbaden 1985

M. Stratmann, Wohnungspolitik in der Weimarer Republik, in ARCH⁺ 31 (1976)

P.-Chr. Witt, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer, Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in Niethammer, L. (Hrsg.), Wohnen im Wandel, Wuppertal 1979

A. Ferrari et al., Medieneinsatz in der Umweltplanung, Planungsinformationen 6, RWTH Aachen 1980

Film:

„Das Bauen ist ja nicht das Primäre ...“, Erinnerungen der Architektin Margarete Schütte-Lihotzky, von Bea Füsser-Novy, Gerd Haag, Günter Uhlig, (45 Min.), WDR 1980

Wohngifte im Innenbereich

Wohngifte im Innenbereich war das Thema einer Tagung, die gemeinsam von der Fachhochschule Fulda und dem Institut für Baubiologie, Rosenheim, am 3./4. Mai in Fulda organisiert wurde. Thema der Fachtagung: Schadstoffbelastung in Innenräumen. Seit die Energiesparwelle durch die Haushalte zieht und gleichzeitig immer mehr Chemikalien in die Haushalte eindringen, vermehren sich die durch diese Chemikalienbelastung hervorgerufenen Erkrankungen und Beschwerden. Beispiele dafür: Formaldehyd, der aus Spanplatten und Isolierschäumen austritt, Holzschutzmittel mit Pestiziden, Lösungsmittel aus Reinigungsmitteln. Während es im industriellen Bereich Höchstmengen und Grenzwerte gibt, ist der private Bereich fast völlig ohne Schutz.

„Freie Architektinnen heute – Ideen, Projekte, Bauten“ ist der Arbeitstitel eines (nicht-feministischen) Buches, das nächstes Jahr im Kohlhammer-Verlag erscheinen wird. Freie Architektinnen, auch außerhalb Deutschlands, die sich an dem Buch beteiligen wollen, bitte bis 15. 6. 1985 Arbeitsproben schicken an: Verena Dietrich, Brunostr. 26-28a, 5000 Köln 1, Tel. 0221-32 95 04.



**ARCHITEKTUR
-BÜROPRAXIS
IM JAHRE 2050**

CAD-JOURNAL 4

CAP-Computer Aided Planning

KOSTENAUSWERTUNG FÜR DIE 3 STANDARDBEREICHE HELMSTEDT									
KOSTEN DES BAUWERKES DER HAUSANSCHLÜSSE, AUSSENANL., NEBENKÖST.	KOSTEN NACH DER BAUTEILBERECHNUNG		KOSTEN NACH DEN VERGABESUMMEN		KOSTEN NACH DER ABRECHNUNG		DIFFERENZ ZWISCHEN VERGABE/ABRECHNUNG		
	IN DM	DM/M ²	IN DM	DM/M ²	IN DM	DM/M ²	IN DM	DM/M ²	DM/M ²
EINFACHER STANDARD									
KOSTEN DES BAUWERKES	71.454,-	496,-	99.466,-	691,-	97.268,-	675,-	- 2.198,-	- 16,-	
HAUSANSCHLÜSSE UND AUSSENANLAGEN	3.600,-	25,-	2.171,-	15,-	4.316,-	30,-	+ 2.145,-	+ 15,-	
BAUWERKESKOSTEN	13.160,-	92,-	17.829,-	124,-	10.503,-	73,-	- 7.326,-	- 51,-	
GESAMTKOSTEN :	88.214,-	613,-	119.466,-	830,-	112.087,-	778,-	- 7.379,-	- 52,-	
MITTLERER STANDARD									
KOSTEN DES BAUWERKES	205.773,-	722,-	204.578,-	718,-	209.282,-	734,-	+ 4.704,-	+ 16,-	
HAUSANSCHLÜSSE UND AUSSENANLAGEN	6.400,-	23,-	4.343,-	15,-	9.301,-	33,-	+ 4.958,-	+ 18,-	
BAUWERKESKOSTEN	37.200,-	130,-	35.658,-	125,-	22.595,-	79,-	- 12.063,-	- 46,-	
GESAMTKOSTEN :	249.373,-	875,-	244.579,-	858,-	241.178,-	846,-	- 3.401,-	- 12,-	
GEHÖBENER STANDARD									
KOSTEN DES BAUWERKES	370.698,-	864,-	386.302,-	900,-	394.474,-	920,-	+ 8.172,-	+ 20,-	
HAUSANSCHLÜSSE UND AUSSENANLAGEN	20.040,-	47,-	6.514,-	15,-	13.271,-	30,-	+ 6.767,-	+ 15,-	
BAUWERKESKOSTEN	68.500,-	159,-	65.373,-	152,-	42.396,-	99,-	- 22.977,-	- 63,-	
GESAMTKOSTEN :	459.198,-	1.070,-	458.189,-	1.068,-	450.141,-	1.049,-	- 8.048,-	- 19,-	

MODELLRECHNUNG KOSTENREDUZIERUNG WOHNBLOCK VON 1950 DURCH EINZELMASSNAHMEN

EINSPARUNG ERREICHBAR DURCH :	VERRINGERUNG DER BAUWERKSKOSTEN ERFOLGT UM % = DM/M ² WFL	AUF DM/M ² WFL
0. Ausgangswert (100 %)		1.300 DM/m ² WFL
1. Differenzierte Planungs- vorgaben	5,0% = 65 DM/m ²	1.235 DM/m ² WFL
2. Keine zusätzliche Dämmung von Fassade und Decken	8,0% = 104 DM/m ²	1.131 DM/m ² WFL
3. Erhalt der Dacheindeckung und Dielenfußböden	6,6% = 86 DM/m ²	1.045 DM/m ² WFL
4. Einfache Isolierfenster ohne neue Rollläden	3,6% = 47 DM/m ²	998 DM/m ² WFL
5. Keine neuen Abhängendecken, nur Putzreparatur	5,7% = 74 DM/m ²	924 DM/m ² WFL
6. Innentüren, Treppenhaus nur instandsetzen	3,3% = 43 DM/m ²	881 DM/m ² WFL
7. Einfachere Böden mit we- niger Fliesenanteil	3,6% = 47 DM/m ²	835 DM/m ² WFL
8. Keine Zentralheizung mit Kaminsanierung, Gasöfen	9,6% = 124 DM/m ²	710 DM/m ² WFL
SUMME MÖGLICHER EINSPARUNGEN	45,4% = 590 DM/m² AUF	710 DM/m² WFL

Sieht man sich bei den mittleren und kleinen Architekturbüros unter dem Gesichtspunkt EDV um, so wird man feststellen, das was bei den meisten inzwischen gebräuchlich ist, ist die „Automatisierung“ der AVA (Ausschreibung-Vergabe-Abrechnung). Auf diesem Gebiet existieren Dutzende von Software-Anbietern, Standards und ganz unterschiedliche Niveaus.

Interessanter sind dagegen Büros, die ausgehend von ihrer AVA-EDV-Ebene beginnen, die Möglichkeiten der EDV zu benutzen, um ihre speziellen Probleme in den Griff zu bekommen. So die Gruppe Haus- und Stadterneuerung, Goerres und Schmitz, Aachen.

Ging man vor ca. 5–8 Jahren noch davon aus, daß die Unsicherheit bei der Kostenabschätzung für die Modernisierung von Altbauten bei ca. ±30% (!) lag, so gelang es mit Hilfe eines sinnvollen EDV-Einsatzes eine Kostenvorhersagesicherheit von ca. ±5% zu erreichen. Und zwar durch eine konsequente Auswertung von 66 Projekten (innerhalb von 8 Jahren) im Bereich der Altbauomodernisierung und von 45 Neubauprojekten (in 5 Jahren). Ergebnis war jeweils ein Bauteilkatalog für die Altbauvorhaben und einer für KFB (Kosten- und Flächensparendes Bauen). Was in aller Welt ist ein Bauteilkatalog? Ein Hilfsmittel, um bei fachgerechter Einschätzung des jeweiligen Gebäudezustandes, sehr schnell und relativ genau die zu erwartenden Baumaßnahmen, die Bauzeit und die Kosten vorhersagen zu können. So enthält der Bauteilkatalog sogenannte „Leiteinheiten“, die mehrere Leistungsverzeichnis-(LV)Positionen und verschiedene Gewerke zusammenfassen, und die man somit leicht überschlägig abschätzen kann. Die Leiteinheit „m² Dachfläche“ enthält z.B. folgende LV-Positionen:

- m² vorhandene Pfannen abnehmen
- m² Unterkonstruktion abnehmen
- St Dachluken, Entlüfter usw. abnehmen
- m² neue Unterspannbahn
- m² neue Einlattung aufbringen
- m² neue Keilbohlen verlegen
- m² neue Pfannendeckung aufbringen
- m Firste, Grade, Orgänge, Kehlen

- St neue Lüftungsziegel
- St neue Strangentlüfter über Dach

Für die Bauteilberechnung ist jedoch nur die Leiteinheit „m² Dachfläche“ zu ermitteln und mit dem Bauteilpreis von 78,- DM/m² zu multiplizieren.

Verständlich wird an diesem Beispiel die leichte Anwendung des Bauteilkataloges, zu dem neben der richtigen Handhabung aber auch der erfahrene Baufachmann gehört, der nach eigenem Ermessen und nach jeweiligem Schwierigkeitsgrad auf- oder abrundet. Angenommen man versucht einen allerdings vollständigen Bauteilkatalog direkt zur Massenermittlung heranzuziehen, ergeben sich von selbst weitere und hier nicht zu verfolgende Einsatzmöglichkeiten der EDV mit ihren schnellen Rechen- und Sortierfähigkeiten, vielleicht auch eine praktikable Schnittstelle zum CAD.

Gebrauchen kann den Bauteilkatalog natürlich jedes Büro, die EDV-Anlage ist dazu nicht notwendig. Für die „Gruppe Haus- und Stadterneuerung“ allerdings hat sich die EDV zu einem nicht mehr zu entbehrenden Partner entwickelt. So gelingt es in der selben Planungszeit wie früher, mehrere Planungsalternativen mit unterschiedlichen Standards oder Optimierungsgraden, Finanzierungsmodelle und Mietberechnungen für die Planungsalternativen vorzulegen. Die EDV führt sowohl bei der Altbauomodernisierung wie auch im KFB zu großer Preissicherheit und Planungs-transparenz für den Bauherrn.

Zu dieser CAP (Computer unterstützter Planungsprozeß) gehört aber auch die für das Architekturbüro so wichtige „Selbstanalyse“, d.h. wer hat wann bei welchem Projekt wie lange für welchen Planungsabschnitt gearbeitet. Das schafft Kalkulationsgrundlagen in dem sonst so undurchsichtigen Architekturprozeß und führt zu realistischen Zeitvorgaben.

C & A
Kay Friedrichs
Gregor Wessels

Literatur:

Wirtschaftliche Altbauomodernisierung in der Praxis (Heft 21, GGW), Köln 1985
Bauteilkosten für Modernisierung und Instandsetzung Schmitz/Hutzelmeier, Wingen-Verlag Essen, 1985

Das CAD-System (mit der HP-Draft-Software) auf dem Schreibtisch macht den Architekten flexibel und schnell, denn es enthält bereits vorprogrammierte Konstruktions-Elemente und erledigt Routine-Arbeiten – wie beispielsweise Schraffuren – auf „Knopfdruck“.

CAD-JOURNAL 4

CAD – Computer schlägt Handarbeit

„Die Qualität dieser Zeichnungserstellung ist von Handarbeit nicht mehr zu schlagen“, sagt Henning Tegtmeier und fährt fort, indem er auf einen Plot weist: „Die Strichstärken stimmen und die Schraffur sitzt haargenau.“ Plot nennt man eine Zeichnung, die von einem sogenannten Plotter erstellt wurde; und ein Plotter ist ein „automatisches Zeichengerät“, das von einem Computer gesteuert wird. In diesem Falle handelt es sich um einen Computer und einen Plotter von Hewlett-Packard, kurz HP genannt. Warum man sich für die HP-Anlage entschied und welche Vorteile sie einem Architekten bringt, soll dieser Beitrag schildern.

Henning Tegtmeier ist öffentlich bestellter Vermessungs-Ingenieur und hat seinerzeit in Düsseldorf die Geo-Digital G.b.R. Gesellschaft für integrierende Vermessungsdaten gegründet, die inzwischen in der Geo-Digital G.b.R. Gesellschaft für Computer-Anwendungen im Ingenieurbereich eine „Schwester“ bekommen hat. Zwischen der Geo-Digital und dem Architekturbüro Klaus Gerlach in Meerbusch-Strümp besteht eine Partnerschaft, die sich speziell auf den Computer- und CAD-Einsatz im Architekturbüro bezieht. CAD ist die Abkürzung von Computer Aided Design, das man mit Computer-unterstütztem Entwurf (Konstruktion) übersetzen kann. Und in Meerbusch steht das erste CAD-System dieser Partnerschaft, doch eine zweite Anlage für Düsseldorf ist schon bestellt.

Bei diesem CAD-System von HP handelt es sich um einen Computer des Typs 9836 mit einem Hauptspeicher für fast zwei Millionen Zeichen, einem Plattenspeicher für 10 Millionen Zeichen, zwei Laufwerken für Disketten (kleine flexible Magnetplatten), einem Farb-Gratik-Bildschirm, einer (Schreibmaschinen-ähnlichen) Tastatur, einem Graphik-(Menü-)Tablett mit elektronischem Griffel, einem kleinen Drucker und einem Plotter mit Micro-Grip-Antrieb.

Doch was wäre ein Computer ohne Software (Programme)? In diesem Fall handelt es sich um das Programm „HP-Draft“ für 2D (zweidimensionale Zeichnungen). Und diese Kombination von Hardware und Software bezeichnet Tegtmeier in

Bezug auf Qualität und Bedienungs-freundlichkeit als „unschlagbar“; etwas Besseres als diese Kombination habe man bis heute nicht auf dem Markt gefunden.

Elektronisches Reißbrett für Architekten

Diese Anlage sei, sagt Tegtmeier, „das elektronische Reißbrett des Architekten, denn sie enthält vorprogrammierte viele Konstruktions-Elemente, die man (durch Antippen mit der Griffel auf dem Menü-Tablett) aufruft.“ „Außerdem kann man“, ergänzt Jochen Lamerz, der mit dem Computer arbeitet, „wiederkehrende Zeichnungsteile als Makros in einer Bibliothek speichern und dann in eine neue oder bestehende Zeichnung einfügen.“

Die Zeichnungserstellung geht natürlich bedeutend schneller – beispielsweise auch weil zeitaufwendige Routine-Arbeiten wie etwa das Einsetzen von Schraffuren entfallen (das macht der Computer „auf Knopfdruck“) –, außerdem ist sie exakt und sauber (Strich-Genauigkeit), weil der Computer Graphik in Mathematik umsetzt und zum Beispiel Flächen aus der Zeichnung heraus errechnet.

Sehr vorteilhaft ist, daß man in verschiedenen Ebenen – und verschiedenen Farben – arbeiten kann. Diese Ebenen auf dem Bildschirm kann man sich wie Transparent-Folien vorstellen, die sich aufeinander legen, aber auch einzeln betrachten lassen. Entsprechend kann man die Zeichnung dann auch plotten, beispielsweise entweder mit allen Angaben oder nur mit den Details die ein Elektriker oder Installateur benötigt; ebenso sind beliebige Kombinationen der Ebenen möglich.

Weniger Arbeit, mehr Service

Mindestens ebenso vorteilhaft wie bei der Neu-Konstruktion ist das System bei Änderungen. Da gibt es kein radieren mehr und man braucht auch nicht Pläne wegzwerfen und wieder von vorne anzufangen. Man holt sich einfach die alte Zeichnung oder einen Teil davon auf den Bildschirm, baut die Änderung ein – und läßt die neue Zeichnung ausplotten (vom Plotter zeichnen). Zum „Herausheben“ von Teilen einer Zeichnung dient die Zoom-Funktion, die Vergrößerun-

gen bis zum Faktor 1200 erlaubt.

Die Möglichkeit, am Bildschirm Zeichnungen schnell zu ändern und zu variieren (und sie gegebenenfalls auch immer wieder auszuplottern), macht den Architekten auch „service-freundlicher“; er kann nicht nur seinen Kunden schnell und kostengünstig diverse Alternativen erstellen, sondern sogar zusammen mit dem Kunden am Bildschirm konstruieren. Dabei führt die Einbeziehung des Kunden in die Planungsphase sicherlich zu einer weiteren Beschleunigung und Verkürzung des Konstruktions-Prozesses.

Insgesamt wird ein Architekt durch dieses System bedeutend flexibler; er kann nicht nur mehr Service bieten und mit kürzeren Projekt-Zeiten operieren, sondern auch mit weniger Personal arbeiten. Und das ist in der heutigen Auftrags-Situation ein wichtiger Aspekt für diesen so dienstleistungs-intensiven Architektur-Bereich, wo vielfach die Mitarbeiter entweder nicht ausgelastet sind oder aber für größere Projekte fehlen.

Fritz G. Schmidhäusler

Weitere Informationen erhalten Sie durch:
Geo-Digital G.b.R. Gesellschaft für Computer-Anwendungen
im Ingenieurbereich,
Gneisenastr. 54,
4000 Düsseldorf 30.

Architekten-Computer-Systeme '85

Die Bundesarchitektenkammer und die Architektenkammer Hessen werden vom 28. bis 30. November in Wiesbaden die Messe „Architekten-Computer-Systeme '85“ veranstalten. Zielsetzung der Messe ist die Information der Architektenschaft über Stand und Entwicklung der EDV und EDV-Anwendung im Architekturbereich. Demgemäß können nur Angebote präsentiert werden, die sich an den Fachbesucher „Architekt“ wenden. Erweitert wird das Programm durch eine Vielzahl von Seminaren, Einzelberatungen und Führungen von Besuchern durch sachkundige Fachleute. Architekten aus der Praxis der Computeranwendung in der Bauplanung sind bereit, Hilfestellungen zu Fragen der Anschaffung und Einfüh-

rung neuer Technologien in die Architekturbüros zu geben. Viele eigene leidvolle Erfahrungen mit dem Computereinsatz im Architekturbüro sollen damit zukünftigen EDV-Anwendern erspart werden. Die Messe soll ebenso einen Beitrag leisten, die EDV-Anbieter über die Bedürfnisse der Berufspraxis zu informieren.

Vermischtes

Stuttgart: Grüne Tonne wird eingeführt

Die „Grüne Tonne“ wird in Stuttgart als der Erststadt der Republik flächendeckend eingeführt. Diesen Beschluß faßte der Stuttgarter Gemeinderat einstimmig nach langjähriger Diskussion vor kurzem. Danach erhält jedes Haus in nächster Zeit zusätzlich zu der vorhandenen grauen Tonne eine grüne Tonne (insgesamt 800 000), in der die trockenen Wertstoffe gesondert gesammelt werden (Papier, Glas, Kunststoff, Textilien, Metalle). In die alte Tonne kommt der übrige Naßmüll. Der Inhalt der grünen Tonne wird in halbautomatischen Sortieranlagen getrennt und an die Industrie weiterverkauft. Der Naßmüll soll vorerst noch in der bestehenden Müllverbrennungsanlage verbrannt werden. Die Umstellung des Stuttgarter Müllsystems wird in zwei Stufen erfolgen. In der ersten (bis zur Fertigstellung der dezentral über die Stadt verteilten Sortieranlagen) werden in der Grünen Tonne vorerst nur Papier und Kunststoffe gesammelt. Etwa ein bis zwei Jahre später soll das System vollständig umgestellt sein. Die Stuttgarter Rats-Grünen haben maßgeblich an dem Konzept mitgearbeitet und ihre Vorstellungen bis auf zwei durchbringen können:

- Die bestehende und nachweislich dioxinproduzierende Müllverbrennungsanlage wird noch weiterlaufen – wenn auch von den Kunststoffen entlastet
- Der Naßmüll wird noch nicht kompostiert – allerdings ist dies nach eingehender Analyse des zukünftigen Naßmülls auf Schwermetall usw. vorgesehen.

Quelle: Alternative Kommunalpolitik
2/1985



Bild: Schmidhäusler

Das ÖKOMobilHaus des Bund für Umwelt und Naturschutz, Baden Württemberg e.V. (BUND) wurde in der letzten ARCH+ -Zeitung (S. 11) vorgestellt. Die Intention dieses Ausstellungshauses ist, breite Bevölkerungsschichten mit umweltfreundlichen Technologien vertraut zu machen. Jetzt haben sich etwa 200 000 Besucher den Naturgarten mit Schuttbereich (Louis LeRoy), Gewächshaus mit Grauwasserverrieselung, Wärmedämmung, Lüftungsheizung usw. angesehen. Im Folgenden stellen wir die Texte einiger Erläuterungstafeln vor.

Holz

Bauen mit Holz – aber sparsam mit geringen Querschnitten und konstruktivem Holzschutz für eine lange Lebensdauer des Hauses. Weiter wurde auf Einsparung von energieintensiven Metallen geachtet sowie auf selbstbaugerechte Bauweise.

Spanplatten

Holz sparen mit Spanplatten aus Resthölzern anstelle von Vollholzmaterialien. Es gibt heute formaldehydfreie Platten oder Platten der Emissionsklasse E1, die ohne Bedenken eingebaut werden können.

Öko-Küche

Auch die Küche ist holzsparend, langlebig durch stabile Bauweise. Sie hat getrennte Füllbehälter und Sparmaturen und ist kinderfreundlich (ausziebares Podest unter Spüle). Gekocht wird das selbstgezoogene Gemüse auf einem energiesparenden Gasherd.

Abfälle

Der Hausmüll nimmt ständig zu und die Menschheit ist auf dem besten Wege, im Müll zu ersticken. Wie können wir dem entgegenwirken?

- möglichst wenig Müll produzieren
- auf Einwegverpackungen verzichten
- Recycling
- Kompostierung von organischen Abfällen
- Aussortieren von gefährlichen Substanzen wie Lösungsmittel, Lacke, Medikamente (Sondermüllsammmlung)

Gewächshaus

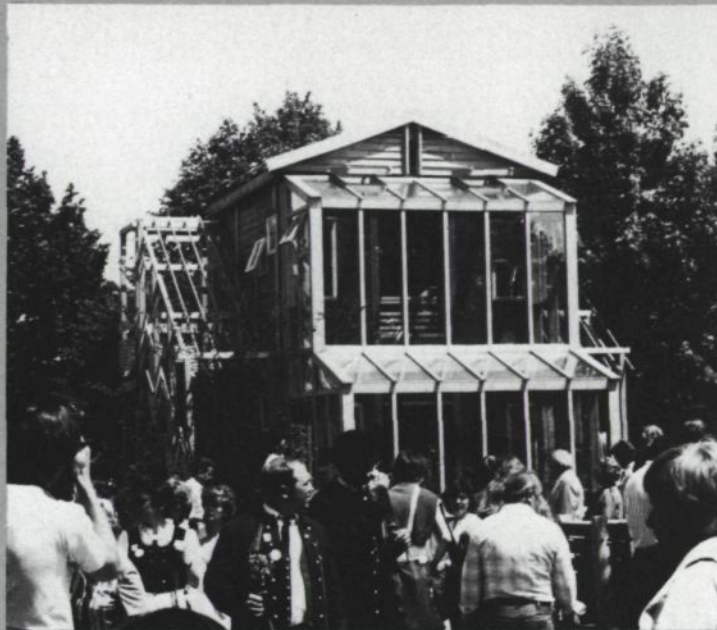
Das Gewächshaus dient in erster Linie dem biologischen Anbau von Gemüse, Früchten und Kräutern. In den Beeten wird zusätzlich das „Grauwasser“ (Abwasser jedoch ohne Fäkalien) im Wurzelbereich der Pflanzen biologisch geklärt.

Wärmedämmende Gläser

Alle Gläser sind mit Schwergas gefüllt und mit einer unsichtbaren Metallschicht bedampft. Wirkung: halbierte Wärmeverluste gegenüber Isolierglas und mehr Wohlbefinden durch höhere Oberflächentemperatur.

Superdämmung

Grundlage des energiesparenden Bauens ist die Wärmedämmung z. B. mit Mineralfaserplatten. In Verbindung mit wärmedämmten Fenstern und der Lüftungsheizung mit Wärmerückgewinnung kann der



Gewächshaus



Zellulosedämmung

Energieverbrauch (und die Umweltbelastung) ganz erheblich gesenkt werden. Weitere technische Maßnahmen oder teure Glasverbauten sind dann eigentlich unnötig.

Zellulosedämmstoff

Besteht aus Altpapier und einer Brandschutzimprägnierung. Im Gegensatz zu Kork oder Kokosfaser ist die Verfügbarkeit nicht begrenzt. Gut geeignet für Dachschrägen und waagrechte Flächen.

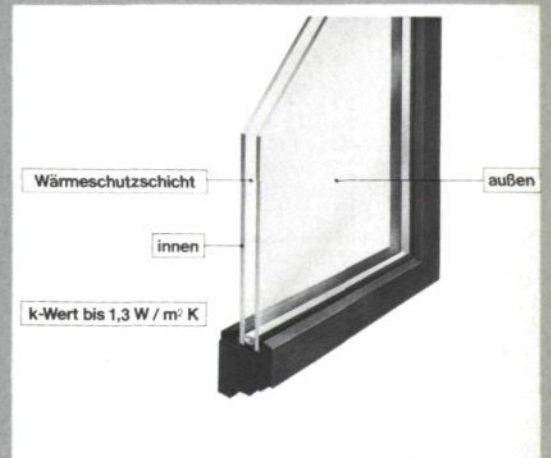
Dampfsperre aus ungiftiger PE-Folie

Bei Holzkonstruktionen (Wand, Boden, Dach) und Innendämmungen

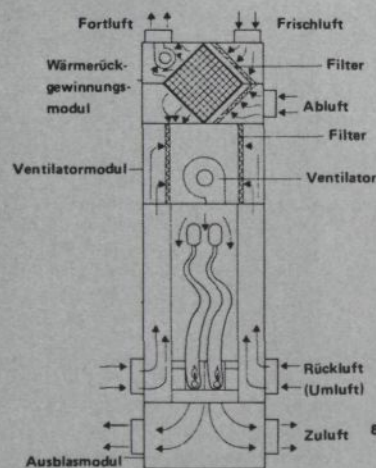
ÖKOMobilHaus



Öko-Küche



Wärmedämmende Gläser

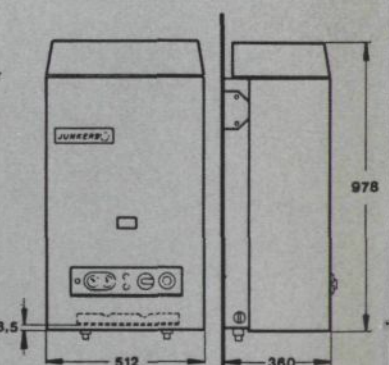


Lüftungsheizung

ist eine Dampfsperre nötig, damit aufgrund der Wasserdampfdiffusion und aufgrund von Undichtigkeiten keine Feuchteschäden auftreten. Weder auf die Gesundheit, noch auf das Raumklima wirken sich Dampfsperren nachteilig aus.

Lüftungsheizung mit Wärmerückgewinnung

Eine unkomplizierte Lösung, die kostengünstig enorme Energieeinsparungen ermöglicht und dazu ein behagliches Raumklima sicherstellt: Die Lüftungsheizung heizt und lüftet zugleich. Die Lüftungswärmeverluste werden zu einem großen Teil zurückgewonnen, was in Zu-



Wärmeerzeuger

sammenhang mit der flink ansprechenden Regelung zu einer erheblichen Energieeinsparung führt. Geheizt wird im Umluftbetrieb, so daß Wärmequellen wie Personen und Geräte, sowie Sonneneinstrahlung und die Wärme eines eventuell vorhandenen Ofens für die ganze Wohnung genutzt werden können. Die Zuluft besteht zu einem Teil aus vorgewärmter Frischluft. Die verbrauchte Luft wird aus den NaBräumen (Küche, Bad, WC) direkt nach außen geleitet, nachdem ihr über einen Wärmetauscher Wärme entzogen worden ist.

Wärmeerzeuger: Brennwert- bzw. Kondensationsgerät



Komposttoilette



Fassadenbepflanzung



Grauwassersammelmodell



Innenwand aus vorgetrockneten Lehmziegeln

Der durchschnittliche Jahreswirkungsgrad sämtlicher in der BRD installierten Heizkessel beträgt lediglich ca. 60%. Bei neuen richtig geplanten Kesseln ist ein Jahreswirkungsgrad von ca. 90% erreichbar. Dieser Wirkungsgrad kann jedoch auf ca. 100% gesteigert werden, wenn man den Wasserdampf der Abgase auskondensiert und die dabei freiwerdende Wärme für die Heizung nutzt. Solche Wärmeerzeuger werden als Brennwert- oder Kondensationsgeräte bezeichnet.

Auf keinen Fall elektrisch heizen

Bei der Stromerzeugung geht bereits 2/3 der im Kraftwerk eingesetz-

ten Primärenergie in Form von umweltbelastender Abwärme verloren. Nach Abzug der Übertragungsverluste können für Heizzwecke nur noch knapp 30% genutzt werden. Die Umweltverschmutzung wird vom Heizraum zwar auf das Kraftwerk verlagert, jedoch noch verstärkt. Atomkraftwerke werden vom BUND aus Gründen der damit verbundenen Umweltbelastung konsequent abgelehnt.

Wasser verwenden - nicht verschwenden!

Unsere Trinkwasservorkommen sind begrenzt. Heute muß auf immer weniger gutes Wasser zurückgegriffen werden. Dabei reichen je Per-



Elektronikarmatur

son anstelle von 150 l ca. 10 l täglich in Trinkwasserqualität. Der Rest kann mit Regenwasser oder wiederverwendetem Grauwasser gedeckt werden. Sparmaßnahmen:

- sparsames Verhalten, keine Verunreinigungen,
- Wasserbegrenzer im Spülkasten der Toilette
- einfache Perlatoren an Wasserhähnen
- zeit- oder pedalgesteuerte Armaturen,
- Elektronikarmaturen

Regenwasser- und Grauwassersammelmodell

Das Regenwasser wird hier gesammelt und z. B. für die Waschmaschi-

ne, zum Waschen oder für den Garten verwendet. Dabei wird nicht nur Wasser gespart, sondern man benötigt auch viel weniger Waschmittel. Das Grauwasser von Waschmaschine, Bad und Dusche kann im mittleren Behälter gesammelt und für die Toilettenspülung und zum Auto waschen verwendet werden. Jeder Behälter sollte mehr als 1500 l fassen.

Komposttoilette

Häufig wird das Schmutzwasser unzureichend oder gar nicht geklärt in Bäche und Flüsse geleitet und verursacht auf diese Weise erhebliche Umweltbelastungen. Die Komposttoilette vermeidet diese Probleme. Sie ist Zentrum eines Kreislauf organischer Stoffe: In ihr werden durch einen geruchsfreien Rotteprozeß organische Abfälle aus Küche und Garten zusammen mit den menschlichen Fäkalien zu einem hygienischen Bodenverbesserer umgewandelt.

Fassadenbepflanzung

Eine richtig angelegte Fassadenbepflanzung bringt sehr viele ökologische Vorteile mit sich. Hauptsächlich wird das Mikroklima in Städten verbessert und Tiere finden neuen Lebensraum. Ein Pflanzenpolster kann eine Wärmedämmung nicht ersetzen. Daher vor dem Pflanzen wärmedämmen!

Grasdach

Dachbegrünungen sind in städtischen Gebieten ökologisch wichtig. Zu den bei einer Fassadenbepflanzung möglichen Vorteilen kann das Grasdach Regenwasser speichern und gleichmäßig an die Kanalisation abgeben und somit die Kläranlagen entlasten. Die Energieeinsparung durch bepflanzte Dächer ist jedoch so gering, daß auf jeden Fall eine zusätzliche Wärmedämmung erforderlich ist. Eine „Rasenpflege“ erübrigt sich, wenn dürreresistente Gräser gepflanzt werden.

Lehm

Bauen mit „Erde“ war bei uns lange in Vergessenheit geraten. Zu Unrecht: Lehm als Baustoff ist umweltfreundlich und energiesparend bei der Herstellung, Verarbeitung und Beseitigung. Richtig gebaute Lehmhäuser können auch bei uns Jahrhunderte überdauern, wie intakte historische Lehmbauten auch in dieser Region beweisen. Neue Lehmgebäude entstehen zur Zeit überall in der Bundesrepublik in unterschiedlichen Leichtlehm- oder Massivlehmtechniken. Wir zeigen hier eine Innenwand aus vorgetrockneten Lehmziegeln, wie sie von jeder Ziegelei bezogen werden können. Lehm kann aber keine Wärmedämmung ersetzen, daher sollten Außenwände zusätzlich gedämmt werden.

Planungsgruppe für ökologisches Bauen, Ansgar Schrode

Planungsgruppe für ökologisches Bauen
Johannes Brucker, Willi Kruppa,
Michael A. Müller
Wilhelm-Raabe-Str. 5
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/6407351
Ansgar Schrode
Traubergstr. 3
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/482352

Kurz vor den Landtagswahlen in NRW wurde vom Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung (Zöpel) aus den Wohnungsbaufördermitteln '85 ein 50 Mill. Sonderprogramm „Ankauf preisgünstiger Mietwohnungen“ bereitgestellt. Die Förderung von Wohnungsneubau im Rahmen des sozialen Mietwohnungsbaus wurde hierdurch um 500 Wohneinheiten gekürzt. Eine verstärkte Fachdiskussion um Prioritäten im Bestandschutz gerade im unteren Wohnungsteilmarkt, der massive Widerstand aus den durch Privatisierung bedrohten Werksiedlungen im Ruhrgebiet und Aachener Revier und nicht zuletzt die Landtagswahlen führten zu dieser überraschend schnellen Entscheidung im MLS.

Der Wortlaut des Sonderprogramms: „Aus den Mitteln dürfen Darlehen zur Förderung des Ankaufs preisgünstiger Mietwohnungen eingesetzt werden, um die Belegung dieser Wohnungen mit Angehörigen des begünstigten Personenkreises nach § 25 II WoBauGe dauerhaft zu sichern. Die Förderung des Ankaufs setzt eine Eigenbeteiligung des Erwerbers und der Gemeinde voraus.“ Ziel ist somit die Erhaltung preisgünstiger Mietwohnungen, hierbei kann es sich um Einzelobjekte, im Zusammenhang bebaute Siedlungen o.ä. handeln.

Die Landesentwicklungsgesellschaft des Landes NW (LEG) ist mit der Durchführung dieses 50 Mill. Programms durch das MLS beauftragt worden. Aufgabe der LEG ist die Abwicklung der Kaufverhandlungen und die Übergabe der angekauften Mietobjekte an einen ortsnahen gemeinnützigen Wohnungsbausträger. Steht vor Ort kein geeigneter Träger zur Verfügung wird die LEG selbst die weitere Bewirtschaftung der Objekte übernehmen. Das finanzielle Engagement des Landes durch zinsgünstige Darlehen wird max. 85% betragen.

Die Arbeitersiedlung „Deutsches Reich“, Bochum, wurde bereits mit Geldern des 50 Mill. Topfes aufgekauft und einer örtlichen Wohnungsbau-Gesellschaft übereignet. Sicher scheint auch der Kauf der Bergarbeitersiedlung „Pumpe-Stich“, Eschweiler-Aachen. Weiter in der Diskussion befinden sich die „Müser- und Grunewald“-Siedlung, bei Dortmund. Innerhalb der vorgenannten Siedlungen haben sich fast ohne Ausnahme betroffene Mieter in Interessengemeinschaften organisiert und bishin zum Ministerium in Düsseldorf ihren Widerstand gegen die geplante Privatisierung „ihrer“ Wohnungen formuliert. Fachliche Unterstützung wurde den Mietern in allen Fällen von örtlichen Beratern aus Mietervereinigungen und Mitarbeitern der Architekturabteilungen, TH Aachen bzw. TU Dortmund, zu teil.

Grundsätzlich ist das Engagement des Landes gegen den immer weiter fortschreitenden Ausverkauf gerade billiger Mietwohnungen durch Privatisierung oder Umwandlung zu begrüßen. Eine dauerhafte Sicherung der preisgünstigen Mietwohnungen scheint bisher jedoch völlig unzureichend. Mieter, Berater und Fachleute aus den betroffenen Siedlungen haben in einer gemeinsamen Erklärung zu diesem Sonderprogramm insbesondere hierauf aufmerksam gemacht und



Ankauf preisgünstiger Mietwohnungen: 50 Millionen Sonderprogramm in NW

– Fallbeispiel: Siedlung „Pumpe-Stich“, Eschweiler bei Aachen

folgende Auflagen an die Vergabe der 50 Mill. Mittel gefordert:

- unbefristete Objektbindung der aufgekauften Wohnungen: nur dies rechtfertigt den Einsatz der hohen öffentlichen Mittel
- langfristige Sicherung eines stabilen Mietniveaus: der Ankauf und die oft notwendige Grunderneuerung auf Grund unterlassener Instandhaltung müssen finanzierungsbedingte Mietsteigerungen weitgehend ausschließen.
- Förderung der Selbstverwaltung der Nutzer: genossenschaftliche oder genossenschaftsähnliche Formen der Verfügung und Selbstverwaltung durch die Bewohner sind anzustreben.

Fallbeispiel: Siedlung „Pumpe-Stich“, Eschweiler bei Aachen

Die in Eschweiler zum Verkauf stehenden Mietwohnungen sind Teilbereiche von Arbeitersiedlungen aus der Jahrhundertwende und liegen über das Stadtgebiet verstreut. Konkret wurde Anfang '85 im Rahmen des o.g. Programms über 144 Wohneinheiten, verteilt auf Geschossbauten, Hausgruppen und Doppelhäuser, verhandelt. Das Land beabsichtigt diese Wohnungen zu erwerben, obwohl nach der Privatisierung Anfang der 70er und während der Verhandlungen Ende '84/Anfang '85 keine im Zusammenhang bebaute Siedlung mehr in einer Hand und damit auch das einheitliche Bild zerstört ist.

Die Solidarität der Bewohner untereinander, allgemein in solchen Arbeitersiedlungen stark ausgeprägt, ist auch in Eschweiler die Voraussetzung seit nunmehr zehn Monaten um den Erhalt der Siedlung zu kämpfen. Die mit dem Kampf verbundene intensive Auseinandersetzung über eine weitergehende Verfügbarkeit von Mietwohnungen sowie:

- die starke Identifikation mit der Siedlung: z.T. wohnen die Familien schon seit mehreren Generationen in der Siedlung,
- die weit verbreitete Selbst- und Nachbarschaftshilfe, z.B. bei der Instandsetzung Verbesserung der Häuser,
- die schlechte Erfahrung mit Wohnungsbau-Gesellschaften: mangelhafte bzw. keine Instandhaltung im Vertrauen auf die Eigeninitiative der Nutzer, das rigorose Vorgehen bei Modernisierungen ohne Rücksicht auf Mieterwünsche oder Mietermodernisierungen,

haben zu Forderungen in Richtung alternativer Trägerschaftsformen geführt: „wir wollen Mieter bleiben“, weitgehende Mietermitbestimmung, -selbstverwaltung, Wohnrecht auf Dauer zu tragbaren Mieten.

Zur Konkretisierung der o.g. Forderungen wurden die beiden folgenden Modelle in der Mieterschaft diskutiert.

Bewohnergenossenschaft als weitgehenste bewohnerbestimmte Trägerschaft

Dieses Modell wurde aus folgenden Gründen fallengelassen:

Finanzierung:

Der innerhalb des 50 Mio. Programms vorgesehene Eigenkapitalanteil des zukünftigen Trägers von ca. 15% der Kaufsumme hätte durch die Bewohner aufgebracht werden müssen. Dies ist bei den niedrigen Einkommensverhältnissen nicht möglich. Die Übernahme des Eigenkapitalanteils durch die Kommune läßt sich aufgrund der örtlichen politischen Situation nicht durchsetzen.

Zeitdruck:

Da die Eigentümerin, die Maxhütte,

so schnell als möglich verkaufen will, hätte sich die Genossenschaft athock gründen müssen. Dies ist aufgrund des langwierigen Anerkennungsverfahrens durch den Genossenschaftsverband und die in Kürze nicht zu leistende Aufklärung der Nutzer unrealistisch.

„Individualistische Nebenleistungs-GmbH mit genossenschaftlicher Ausrichtung“

ein von der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen (LEG) ausgearbeitetes Modell für das Stollwerk-Projekt in Köln. Folgende Gründe führten zur Favourisierung dieses Modells und zur Konkretisierung bezogen auf die örtliche Situation in Eschweiler durch uns als beratende Fachleute (Mitarbeiter der Lehrstühle Wohnbau und Planungstheorie RWTH Aachen und der Mieterselbsthilfe e.V. Aachen).

- Aus wohnungspolitischen Gründen ist es u.E. sinnvoll, bei einem extrem hohen Förderanteil eine gegenseitige Kontrolle von öffentlicher Hand und Nutzern zu gewährleisten, um einer Satzungsänderung z.B. i.R. Privatisierung entgegen zu wirken.
- Ein ortsnaher gemeinnütziger Träger, der auch politisch vertretbar wäre, steht in Eschweiler nicht zur Diskussion. Demnach ist abzuwarten, daß die LEG gemäß ihres Antrages die Siedlung übernehmen wird. Dies bietet die größtmögliche Realisierungschance für dieses Modell.
- Dieses Trägermodell läßt sich aufgrund seiner Konstruktion (GmbH-Gesetz) binnen kurzer Zeit gründen, bedarf allerdings auch einer Übergangszeit, in der die Bewohner in die Selbstverwaltung eingeführt werden.

Trägermodell

In der Rechtsform der neuen Trägergesellschaft werden die Vorteile einer Personengesellschaft mit der Stetigkeit einer Kapitalgesellschaft verbunden.

- Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschaftsversammlung, der Beirat und die Geschäftsführung. Die Arbeitsweise und die Kontrolle der Organe orientieren sich an einer genossenschaftlich ausgerichteten Satzung.
- Die Gründungsgesellschaft, in diesem Fall die LEG (es könnten auch andere politisch kontrollierbare Institutionen sein), bringt den notwendigen Eigenkapitalanteil ein. Sie ist Mehrheitsbeteiligte mit 51% der Stimmen in der Gesellschaftsversammlung.
- Die Mitgesellschafter sind die Nutzer, die mind. einen Gesellschaftsanteil, ca. 500 DM, erwerben müssen. Unabhängig vom Kapitalanteil haben sie immer 49% der Stimmen.
- Der Beirat – 2/3 Mehrheit für die Nutzer – und die Geschäftsführung – Mehrheit bei der Gründungsgesellschaft – übernehmen die gegenseitige Kontroll- und Informationsfunktion. D.h. auch die Mehrheitsbeteiligte – die Gründungsgesellschaft – kann ihre Anliegen nur mit Zustimmung des Beirates durchsetzen.

Ursula Komes, Michael Rau

13

Vermischtes

WDR erstellt Umweltverzeichnis für Nordrhein-Westfalen

Der Westdeutsche Rundfunk hat in seiner Sendung Arche 2000 einen Aufruf gestartet. Er sucht Gruppen, die vor Ort im Umwelt- und Naturschutz aktiv sind. Die Redaktion möchte eine möglichst umfassende Liste aufstellen, mit den Adressen und den Arbeitsschwerpunkten der verschiedenen Gruppen. Diese Liste soll den Zuschauern zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich einen Überblick über verschiedene Möglichkeiten des Engagements verschaffen können und sich vielleicht auch tatsächlich im Umwelt- und Naturschutz engagieren. Die Mitteilung an den WDR erfolgt am einfachsten auf einer Postkarte, wo neben der Anschrift die Arbeitsschwerpunkte aufgeführt werden. Am besten ihr schreibt sie gleich und schickt sie an den:
Kontakt: WDR, Arche 2000, Postfach, 5000 Köln 100

Wie man auf einen Grünen Zweig kommt

Jetzt im Frühling steigt die Sehnsucht nach Grün in der Stadt wieder zunehmend. Doch viele Bürger müssen feststellen, daß in ihrer Umgebung von Grün weit und breit nichts zu sehen ist. Dies muß nicht so bleiben. Wenn genügend Initiative und Kreativität zusammenkommen, wenn man die Besitzer von ungenutzten, kaum oder falsch genutzten Freiflächen dazu überreden kann, gemeinsam nutzbare Grünflächen daraus zu machen, kann man auf einen grünen Zweig kommen.

Die Begrünung von Innen- und Hinterhöfen ist gar nicht so schwierig, wie man zunächst meinen könnte. Wie's gemacht wird, darüber informiert eine Broschüre des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU). Die Broschüre kann im Umwelt-Zentrum Hannover, Hinüberstr. 18, 3000 Hannover 1, für 2 DM in Briefmarken bezogen werden.

Bezug: LBU Niedersachsen, Hinüberstr. 18, 3000 Hannover 1

Ende des sozialen Wohnungsbaus? Alternativen der Wohnungspolitik

Unter diesem Titel veröffentlichte die Fachgruppe „Wohnungs- und Stadtplanungspolitik“ der GAL Hamburg eine wohnungspolitische Broschüre. Ihre Themen sind neben dem sozialen Wohnungsbau die Gestaltung von Mieterbeteiligung, die Zukunft der (Hamburger) Großsiedlungen und das Verhindern der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Obwohl die Broschüre auf Hamburger Verhältnisse zugeschnitten ist, gehen die Verfasser davon aus, daß genügend Probleme von überregionaler Bedeutung sind.

Für 3,- DM pro Exemplar kann sie bezogen werden bei der GAL - Landesgeschäftsstelle Bartelsstraße 30 2000 Hamburg 6

Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre sind wieder zum Thema städtebaulicher, wohnungs- und sozialpolitischer Diskussionen geworden. Das unerwartete Ausmaß an Bauschäden, zunehmende Fluktuation, Wohnungsleerstand, hohe Mieten, Zwangsäumungen aufgrund von Mietschulden, Konzentrationen von Haushalten in angespannter sozialer und ökonomischer Situation, das Negativimage, das nicht zuletzt auch durch spektakuläre Berichterstattungen in den Medien öffentlichkeitswirksam festgeschrieben wird, haben Verunsicherungen der Wohn- und Lebensverhältnisse in den Gebieten zur Folge.

Die Fachdiskussion über die problematischen Entwicklungen in den meist randstädtisch gelegenen Neubaugebieten und über planerische Ansätze der Gegensteuerung wird vielerorts und zunehmend geführt. Das Thema hat Konjunktur. Vor kurzem erst hat sich in Hamburg die Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner (SRL) auf ihrer Halbjahrestagung im Juni 1985 mit dem Thema „Nachbesserung von Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre“ beschäftigt. „Vor Ort“ wurde über Probleme und Lösungsansätze in den Hamburger Großsiedlungen Kirchdorf-Süd und Steilshoop diskutiert und nach „Strategien zur Erneuerung“ gesucht. Stellungnahmen zur Wohnungspolitik in Hamburg sowie Erfahrungsberichte aus den Niederlanden und der Bundesrepublik bildeten hierzu den Hintergrund. Entsprechend der Natur von Veranstaltungen und Teilnehmerschaft nahm die Rolle des Architekten und Planers einen nicht unbedeutenden Stellenwert in der Diskussion ein, sowohl bezogen auf die Entstehungsgeschichte dieser Siedlungen als auch auf die heutigen Ansätze zur „Nachbesserung“.

Im März 1985 schon hatte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin ein Seminar zum Thema „Stadterneuerung und Stadtreparatur in Großsiedlungen“ durchgeführt. Teilnehmer waren Kommunalpolitiker, Verwaltungsfachleute und Mitarbeiter von Wohnungsbaugesellschaften. Eine Woche lang standen am Beispiel mehrerer nationaler (Berlin/Märkisches Viertel, Bremen/Osterholz-Tenever, Hamburg/Kirchdorf-Süd, Köln/Chorweiler) und internationaler Siedlungen (Lyon/Les Minguettes, Alençon/Perseigne, Amsterdam/Bijlmermeer) Lösungsstrategien und Verbesserungsansätze zur Debatte.

Die Internationalität von Problem und Thema wird anschaulich durch die Veranstaltungen des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR): „Post-War Public Housing in Trouble“, Delft/Niederlande, im Oktober 1984, „Approaches to the Improvement of Social/Public Housing“, Newcastle/Großbritannien, im April 1985 und im Oktober 1985 der Kongreß „Verbesserung von Großwohnsiedlungen der Nachkriegszeit“ in Budapest.

Für die bundesdeutsche und Berliner Situation läßt sich der bisherige Diskussionsstand etwa wie folgt zusammenfassen: Wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung, die im Ausland bereits teilweise dramatische Zuspitzung erfahren hat. Während bei uns der Abriß von Neubau-



Thema: Großsiedlungen

ten als Lösungsstrategie noch zurückhaltend diskutiert wird, sind in Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien schon mehrere Siedlungsteile abgerissen worden. Damit hat das schon legendäre Abriß-Beispiel Pruitt-Igoe in den USA, bei dem alle engagierten Rettungsversuche erfolglos geblieben waren, aktuelle Nachfolger gefunden. Hierzulande ist eine Vielzahl von Verbesserungsansätzen in den Großsiedlungen eingeleitet. Als „Nachbesserung von Großwohnanlagen der 50er bis 70er Jahre“ werden Modellmaßnahmen im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gefördert. Das Spektrum der insgesamt diskutierten und teilweise begonnenen Maßnahmen ist breit. Es reicht von den unerläßlichen baulichen Reparaturen, veränderten Belegungspraktiken, Modellen der Mieterbeteiligung, Mietverzicht und Nachsubventionen, Betreuung- und Beratungsangeboten, Umnutzungen, Wohnumfeldverbesserungen bis zum Abtragen der oberen Geschosse und zu Teilabbrüchen.

„Nachbesserungsmaßnahmen“ sind kostenintensiv. Allein die Beseitigung der Bauschäden macht Aufwendungen notwendig, die bei den Eigentümern - zu großen Teilen gemeinnützigen Wohnungsbau- gesellschaften - zu erheblichen Bewirtschaftungsverlusten führen. Der Ruf der Wohnungswirtschaft nach öffentlicher Hilfe ist unüberhörbar; argumentiert wird, „daß auch der Staat und die Kommunen als gleichrangige Träger der Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau einen angemessenen Kostenanteil übernehmen“ müssen. Insbesondere vor dem aktuellen Hintergrund, daß der BMBau die Mittel für die Städtebauförderung aufstockt, wird vor allem von Seiten der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft die Frage aufgeworfen, ob in diesen Gebieten nicht „städtebauliche Mißstände“ im Sinne des Städtebauförderungsgesetzes vorlägen, die den Einsatz von Fördermitteln rechtfertigen würden. Die Behandlung der Probleme in den Großsiedlungen als „öf-

fentliche Aufgabe“ würde aber - so wird auch aus kommunaler Sicht argumentiert - die Bindung des Einsatzes öffentlicher Mittel an bestimmte Auflagen erfordern, z.B. an die besondere Berücksichtigung von beschäftigungspolitischen, ökologischen, energiepolitischen Aspekten. Wohnungsversorgungspolitisch fatal wird die Diskussion, wenn aufgrund nur begrenzt zur Verfügung stehender Fördermittel und zunehmender Vermietungsschwierigkeiten von teureren Wohnungen Konkurrenzen zwischen den Altbau- und Neubaugebieten gesehen werden, die heute bereits in der Forderung seitens der Wohnungswirtschaft gipfeln, doch wieder verstärkt (die preiswerteren) Altbauwohnungen „aus dem Markt zu nehmen“ - sprich: abzureißen.

Unbestritten ist heute die zwingende Notwendigkeit, die Wohn- und Lebenssituation der Bewohner in den Großsiedlungen zu sichern und zu verbessern im Rahmen eines „behutsamen Umgangs auch mit der neuen Stadt“ (vgl. hierzu und zum folgenden das neue Stadtbauwelt-Heft 86 „Fortschritt durch Rückbau?“). Den Schwerpunkt bisheriger „Nachbesserungen“ bilden teilträumliche, auf kurz- und mittelfristige Wirksamkeit angelegte Strategien. Zunehmend zeichnet sich die Notwendigkeit ab, stärker als bisher die gesamtstädtischen Rahmenbedingungen in die Konzepte einzubeziehen, um zu verhindern, daß sozialräumliche Problemverschiebungen zu Lasten anderer Stadtteile vorgenommen werden. An einer längerfristigen Wirksamkeit orientierte Lösungsansätze dürfen den heute bereits eingeleiteten gesellschaftlichen Umbruch nicht ignorieren, der zu charakterisieren ist mit Stichworten wie „Süd-Nord-Gefälle“, „beschäftigungsarmes Wachstum“, „Polarisierung Arm - Reich“, „Schrumpfung“. Umgangsformen mit den Großsiedlungen als Konzeptionen und als Erfahrungen vor dem Hintergrund dieser längerfristigen Perspektive zu diskutieren ist Ziel eines Fortsetzungsseminars, das vom Deutschen Institut für Urbanistik im Februar nächsten Jahres veranstaltet wird.

Rainer Autzen, Heidede Becker



Neue Stadt Wulfen – jede 5. öffentliche geförderte Wohnung steht leer

Von den ca. 2500 öffentlich geförderten Mietwohnungen in der Neuen Stadt Wulfen (ca. 10.000 Einwohner) stehen derzeit 501 Wohnungen leer (Stand 31. 5. 1985). Dieser überdurchschnittlich hohe Anteil von 20% überrascht um so mehr, als die Stadtentwicklungsplanung von Anfang an das Ziel verfolgte, durch vielfältige Gebäudetypen und Wohnungsgrundrisse einen Wohnstandard zu schaffen. Nachdem die ursprüngliche Konzeption einer Bergarbeiterstadt von 53.000 projektierten Einwohnern durch die Krise des Steinkohlenbergbaus nicht mehr zu halten war, änderten sich in den 60er Jahren die stadt- und regionalplanerischen Zielvorstellungen. Wulfen sollte nun einen Teil der aus dem Ruhrgebiet abwandernden Bevölkerung auffangen und dazu beitragen, durch verdichtete Bauformen einer Zersiedlung der Landschaft entgegenzuwirken.

In der Aufbauphase der 60er und frühen 70er Jahre versuchte die Entwicklungsgesellschaft Wulfen durch mehrere großvolumige Baugruppen, mit ihren maximal 8 Geschossen für die damalige Zeit noch relativ zurückhaltend, den Prozeß der Stadtgründung zu dynamisieren und Voraussetzungen für die Ansiedlung von Geschäften und Handwerksbetrieben zu schaffen. Als es gegen Ende der 70er Jahre zunehmend schwieriger wurde, die Wohnungen zu vermieten, war diese Phase des Geschoßwohnungsbaus längst beendet. In den jüngeren Baugebieten dominieren Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen in verdichteter Bauweise. Während diese Gebiete in ihrem Sozialgefüge relativ stabil blieben, kennzeichnen sich die großen Baugruppen durch eine enorme Fluktuation: viele Mieter zogen bei Mietpreissteigerungen innerhalb Wulfens in billigere Sozialwohnungen, ein großer Teil jedoch verließ die Neue Stadt. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig und können nicht allein aus der allgemeinen gesellschaftlichen Krise abgeleitet werden, es gibt vorwiegend wulfenspezifische Gründe:

- Die Randlage der Neuen Stadt: im öffentlichen Personen-Nah-

verkehr schlechte Anbindung an die Kernstädte des Ruhrgebietes; besonders für Pendler Abhängigkeit vom Auto; das Gefühl der Isolation auf „grüner Wiese“.

- fehlende Arbeitsplätze vor Ort: vor allem für die vielen kinderreichen Familien sehr problematisch; hohe Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlich großer Prozentsatz an Sozialhilfeempfängern.
- Unzufriedenheit wegen fehlender öffentlicher Einrichtungen, Geschäfte, Gaststätten etc., besonders in den ersten Jahren sehr stark ausgeprägt.

Hinzu kommt die Unattraktivität vieler Haustypen. Die größte Zahl leerstehender Wohnungen verzeichnen die 3–8 geschossigen Baugruppen der Bergmannsiedlung/THS und der Neuen Heimat: mehr als 20% der insgesamt 1509 Wohneinheiten, in den achtgeschossigen Gebäuden teilweise über 50%. Das stadtgestalterische Prinzip, hin und wieder Akzente durch einen „achtgeschossigen Berg“ zu setzen, hat gerade unter den finanziellen Restriktionen des Sozialen Wohnungsbaus zu einer schlechten internen Gebäudeerschließung geführt: Eingangslöcher, die in keinem Verhältnis zur Baumasse stehen; öde, anonyme Flure; hohe, monotone Treppenhäuser; zu lange Laubengänge. Gute Wohnungsgrundrisse und qualitativvolle Freiräume werden durch solche unangenehmen Zwischenbereiche entwertet. Wenn dann, unterstützt durch eine falsche Belegungspolitik und unzureichende Pflege, Verwahrlosung um sich greift, sinkt der Wohnwert gegen Null.

Auch die renommierten Demonstrativbaumaßnahmen blieben von dieser Entwicklung nicht verschont: die kubistisch verschachtelte *Metastadt* mit ihrem ungesunden Raumklima (Stahlskelettkonstruktion mit vorgehängter Eternit-Glasal-Fassade), das *Habiflex* (da wasserdurchlässig „Tropfsteinhöhle“ genannt; Leerstand 100%, Umwandlung zu Eigentumswohnungen geplant) und auch das 1981 fertiggestellte *Wohn- und Geschäftszentrum* von Kleihues (Beispiel rationalistischer Architektur mit schöner glasgedeckter Passage, einige Wohnungen jedoch

schlecht belichtet, Leerstand 50%, auch viele Geschäfte noch nicht vermietet).

Fraglich ist, welchen Einfluß die Mietpreise (im Durchschnitt zwischen 6,- DM bis 7,- DM) und Wohnungsgrößen ausüben. Die Stadt Dorsten und die Entwicklungsgesellschaft haben inzwischen mit Vorarbeiten zu einer Untersuchung der Ursachen begonnen, um Strategie

Wohn- und Geschäftszentrum am Wulfener Markt, fertiggestellt 1981. Wohnungsleerstand: ca. 50%, ebenso sind viele der Geschäfte nicht vermietet.
Architekt: J. P. Kleihues

Termine

Konzepte zur Wohnraumerhaltung.
Beispiele – Modelle – Experimente
Internationaler Kongreß des Wohn-Bundes vom 26.-29. 9. 1985 in Münster, Universität Münster, Alte PH.

Flüednerstraße.
Information und Anmeldung:
WohnBund e.V., Ploenniesstr. 18,
61 Darmstadt, Tel.: 06151-7 99 45

Seminar: Energieeinsparung und gesundes, umweltfreundliches Bauen

BUND-Umweltzentrum Stuttgart
Rotebühlstraße 84/1 · 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 61 33 32

Zu diesem Thema wird im Umweltzentrum regelmäßig ein Seminar wiederholt. Neben sachlichen Informationen (Referate mit Dias) zum Thema Wärmedämmung, energiesparende Heizsysteme, Sonnenenergie, ökologisches Bauen und gesundes Wohnen soll die Möglichkeit zur Diskussion und Aussprache gegeben werden. Ferner ist entsprechendes Informationsmaterial erhältlich.

Leitung:

Ansgar Schrode, Dipl.-Ing. (FH), Sachverständiger für Bauphysik, unabhängiger Energieberater

Termine für 1984/85:

(jeweils inhaltsgleich)

Samstag, 28. September 1985

Samstag, 16. November 1985

Unkostenbeitrag: 8,- DM

Programm

10.00 Uhr: Wärmedämmung und Baustoffe (Referat, Diskussion)

- Welche Einsparungen kann eine Wärmedämmung bringen?
- Welche Dämmstoffe kann man verwenden?
- Wie müssen Wärmedämmungen ausgeführt werden, damit keine Feuchteschäden oder schalltechnische Nachteile entstehen?
- Welche hygienischen und gesundheitlichen Gesichtspunkte müssen bei Energieeinsparungsmaßnahmen beachtet werden?
- Wann ist eine Dampfsperre wirklich notwendig?
- Wo liegen die technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Grenzen der Wärmedämmung?
- Was ist bezüglich der Auswahl der Baustoffe zu beachten?
- Was versteht man unter „Baubio-

logie“ und wie kann man auf die Gesundheit der Bewohner Rücksicht nehmen?

13.00 Uhr: Mittagspause

14.30 Uhr: Heizung (Referat, Diskussion)

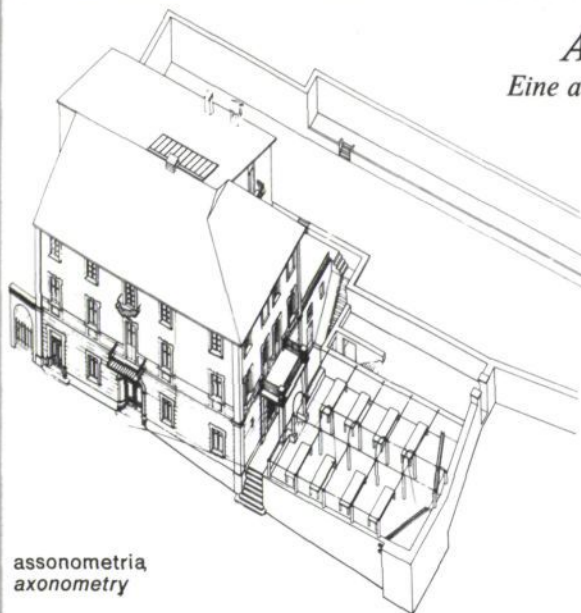
- Welche Heizsysteme sind am sinnvollsten?
- Welche Energieträger sollen verwendet werden?
- Wodurch kann die notwendige thermische Behaglichkeit erreicht werden?
- Was ist wirtschaftlicher, Wärmedämmung oder Wärmepumpe?
- Wie müssen Wärmepumpen ausgelegt sein, damit sie wirtschaftlich arbeiten können?
- Wann ist eine mit der Heizung gekoppelte Warmwasserbereitung sinnvoll?
- Welche Vor- und Nachteile hat eine Fußbodenheizung?
- Ist eine Niedertemperaturheizung auch mit Heizkörpern möglich?
- Wann können Einzel- und Kachelöfen eine Alternative zur Zentralheizung bieten?
- Ist eine Wärmerückgewinnung der Lüftungswärmeverluste ratsam?

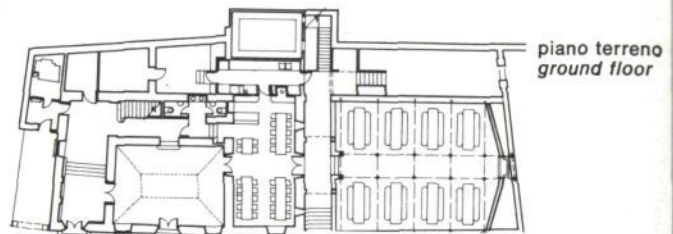
16.00 Uhr: Pause

16.30 Uhr: Sonnenenergie (Referat, Diskussion)

- Einsatzmöglichkeiten von Sonnenkollektoren
- Unterschiede zwischen Wasser- und Luftkollektor
- geeignete Kurz- und Langzeitspeicher
- Welche Energiegewinne bringen große Südfenster, Wintergärten, Glasvorbauten und verglaste Südwände („passive“ Sonnenenergie)?
- Welche Rolle spielt dabei die Wärmespeicherfähigkeit der einzelnen Bauteile?
- Wie können sich aktive und passive Systeme ergänzen?
- Welche Zusatzheizung ist erforderlich?
- ausgeführte Beispiele
- praktische Tips für jedermann

Architekturausbildung Eine amerikanische Privatschule im Tessin


assonometria
axonometry

sezione
section

piano terreno
ground floor

Das SCI-ARC, das Southern California Institute of Architecture and urban design, bezog im Juli 1983 eine renovierte und umgebaute Villa in Vico Morcote (Schweiz), um sie als Schule für Architektur und Stadtplanung zu verwenden.

Gegründet 1972, als eine unabhängige, sich frei finanzierende Privatschule, wuchs das SCI-ARC im Laufe der Jahre von ursprünglich sieben Professoren und fünfzig Studenten auf über 50 Professoren und 350 Studenten an. Die letzte Erweiterung der expandierenden Schule – sie besitzt mittlerweile Filialen in Los Angeles, New York und Mexiko – ist das Haus in Vico Morcote. Obwohl erste Lehrveranstaltungen bereits im Jahre 1978 in Nîmes (Frankreich) stattfanden, entschied man sich nach einer Übergangsphase in Carona (CH), für den endgültigen Standort am Luganer See.

„Im Vordergrund der Ausbildung“, so Ray Kappe, der Direktor und Mitbegründer von SCI-ARC, „steht der Versuch, den Prozeß des Architekturernens jedem Studenten zu vermitteln.“ Deshalb

wird ihm ein möglichst weitgefaßtes Spektrum von Theorien angeboten. Diesem Grundsatz wird in Vico Morcote Rechnung getragen. Die eingeladenen Gastprofessoren wechseln in der Regel jedes Trimester – Vico Morcote hat das amerikanische System von drei Trimestern zu je zehn Wochen pro Jahr übernommen –, so daß ein fortwährender Austausch gewährleistet ist. Die Hauptsäule der Ausbildung des Studenten stellt ein Entwurf mit der Betreuung eines etablierten Architekten dar, der jeweils für zehn Wochen den Kursus leitet. Diese Architekten, wie Mario Botta, Luigi Snozzi und Mario Campi, stammen vorwiegend aus dem Tessin selbst und sind bestens vertraut mit den örtlichen Gegebenheiten der Projekte, die wie die Erweiterung einer Badeanlage in Carona oder die Erstellung einer Musikakademie in Lugano, vorwiegend aus der näheren Umgebung stammen. Darüber hinaus ergänzen Geschichtsseminare, praktische Übungen wie ein Möbel-Design Kurs, Ausflüge ins Tessin, Venedig oder Wien, das Programm.

Ein Hauptpunkt im Programm der relativ kleinen Gruppe – sie besteht in der Regel aus etwa 25, meist männlichen Schülern, stellen die sogenannten „wednesday evening lectures“ dar, Vorträge von eingeladenen Architekten, die ihre Projekte vorstellen und zur Diskussion anregen sollen. Diese Gespräche ermöglichen nicht nur den interessanten Einblick in ihre Arbeit, sondern nehmen im Tessin bei interessierten Architekten einen Stellenwert ein, der den Rahmen der Schule sprengt. Dazu Mario Campi, Architekt in Lugano: „Wir diskutieren im Freundeskreis unsere Probleme und Tendenzen der tessiner Architektorentwicklung. Diese Zusammenkünfte dienen einer überregionalen, intellektuellen Kontaktförderung.“

Das SCI-ARC Programm ist im eigentlichen Sinne ein Bestandteil der Ausbildung in Santa Monica. So verwundert es dann auch nicht, daß der überwiegende Teil der Studenten aus Nordamerika kommt, obwohl jeder Europäer, der eine Hochschule besucht oder ein gleichwertiges Schulzeugnis vorweisen

kann, gernsehener Gast im Tessin ist. Allerdings ist der Preis den Aufwendungen entsprechend angesetzt. Die noch im Vergleich mit den amerikanischen Preisen niedrigen Kosten für Europäer belaufen sich auf etwa 6500,- DM für das zehnwöchige Trimester mit Unterkunft und Verpflegung.

Aber nicht nur auf der Ebene der Finanzierung offenbaren sich Unterschiede zu den etablierten Hochschulen. Eine Beschränkung auf wenige Punkte in der Architekturausbildung, wie z.B. den Entwurf mit fast ausschließlichem Scherwergewicht auf der Entwurfstheorie, ohne Konstruktion und Berechnungen, bringt die Schule um die Chance, eine komplette Ausbildung zu bieten.

Deshalb spricht die Privatschule vor allem Fortgeschrittene an, die ihr akademisches Wissen erweitern wollen und sich zehn Wochen intensiv in einem angenehmen Ambiente mit der Disziplin Architektur auseinandersetzen wollen.

Uwe Rosenberg

Skandal bei der Berufung Baugeschichte an der TU

Am Fachbereich Architektur der TU Berlin rumort es wieder ein klein wenig. Anlaß ist die Art und Weise, wie die Auswahlkommission bei der Berufung Baugeschichte bereits im Vorfeld qualifizierte Bewerber durchfallen läßt. Am 4. 6. 1985 wurde ein Flugblatt mit nachstehendem Text in Umlauf gebracht.

Die Redaktion

Eine Berufung der beiden mit Abstand qualifiziertesten Bewerber um die Baugeschichts-Professur Prof. Heinrich Klotz (Deutsches

Architekturmuseum Frankfurt) und Prof. Goerd Peschken (Kunsthochschule Hamburg), soll von vornherein verhindert werden. Deshalb wurden sie durch die rechte Hochschullehrer-Riege übel diffamiert und von den Berufungsvorträgen ausgeschlossen: der eine, weil er Kunsthistoriker ist und sowieso meist in Frankfurt sein würde – der andere, weil er 54 Jahre alt ist und nur noch 10 Jahre Prof. sein könnte (so Vorsitzender Krahe).

Wir wollen uns nicht von einer kleinen reaktionären Hochschullehrer-Minderheit (Krahe, Breitschuh,

Dierks, Heikamp) auch für die nächsten 10 Jahre nur dumme Baugeschichts-Sprüche verpassen lassen!

Die Studenten und Assistenten des FB Architektur fordern deshalb die Berufungskommission auf, auch die beiden international bekannten und höchst qualifizierten Wissenschaftler Peschken und Klotz zu den Berufungsvorträgen einzuladen. Wir haben das Recht, uns in aller Öffentlichkeit von ihrer Eignung selbst überzeugen zu können.

Daß obiges Beispiel keine Ausnahme macht, sondern nur das jüngste in einer langen Kette zur Paralyse der deutschen Architektur ist, soll folgendes Rätsel andeuten: wem, oh Großes Orakel gibst Du Preis und Ehr, wenn Du wählen kannst zwischen:

Heinrich Klotz, Goerd Peschken oder ○○○
Rob Krier oder ○○○
Oswald Mathias Ungers oder ○○○
Ernst Kaspar oder ○○○*

* Vgl. Vorlesungsverzeichnisse der RWTH Aachen, Jahrgang 1970 ff.

4. 6. 85

Architekten- und Planerausbildung für die Praxis?

Ein Kolloquium an der RWTH Aachen am 30.11.1984

In der Öffentlichkeit ist es relativ ruhig geworden um die Ausbildung an den Hochschulen. Das bedeutet jedoch nicht, daß an den Hochschulen nichts geschieht. Tendenziell werden z.B. Fächer, die einmal eingerichtet wurden, um die Wirkungen von Architektur und Planung auf die Menschen zu untersuchen oder die Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung an der Gestaltung ihrer Umwelt zu erarbeiten, unter der Hand zu technischen „Zeichenübungen“ usw. Dieses Vorgehen geschieht unter dem Schutzschild des „Praxisbezuges“. Das bedeutet nichts anderes als: Die „Praxis“ der Raum-, Umwelt- und Bauplanung fragt nicht nach der Berücksichtigung des Allgemeininteresses, sondern nach bedingungsloser Ausführung des Auftrages und nur das kann Programm der Ausbildung sein. Vor diesem Hintergrund versuchte das Kolloquium das Thema zu beleuchten. Es war in vier Themenbereiche unterteilt:

- 1) Inhaltliche Bestimmung von Ausbildung und Praxis sowie deren Zusammenhänge
- 2) Arbeitsmarkt und Stellenangebote
- 3) Forderungen und Aktivitäten von Verbänden
- 4) Verbindungen von Ausbildung und Praxis an zwei Hochschulen

Ad 1) Einführend wies der Einladende (der hier berichtet) darauf hin, daß gerade das Verhältnis von Ausbildung und Praxis untersucht werden müsse, um Abhängigkeiten und Einflüsse zu erkennen. Es sei so, daß in dem Begriff „Praxis“ grundsätzlich unterschiedliche gesellschaftliche Standpunkte enthalten seien. Als Definition von „Praxis“ sei daher vorgeschlagen, „tätige Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit“; da sich die Wirklichkeit der Architektur und Planung jedoch nur auf das „Tätigsein“ selbst

beschränke, sei die Ausbildung aufgerufen „nicht als Training für das bloße Tätigsein“ zu fungieren, sondern gerade die vernachlässigten Felder der Berufspraxis aufzudecken, zu entwickeln und in den Planungsprozeß einzubringen. Das ließe auch Anstöße für die Berufspraxis aus der Hochschule erwarten. Tholl unterstrich die Zweiteilung der „Praxis“-ausdeutung. Der Markt frage im Moment lediglich nach Qualifikationen, die einerseits „ökonomische Effizienz“ und andererseits „Repräsentativität“ der Architekturprodukte gewährleisten. „Gebrauchswert von Architektur und Stadtraum“ für die Allgemeinheit zu fördern, sei nicht mehr nachgefragt. Er verdeutlichte das beispielhaft an der Internationalen Bauausstellung Berlin (IBA). Sie spiegle auch eine erneute Verschärfung sozialer Unterschiede in der Gesellschaft. Auch Honorarordnung (HOAI) und Wettbewerbsrichtlinien (GRW 77) enthielten kaum sozialorientierte Grundlagen.

Die Geschichte des Verhältnisses Ausbildung – Praxis (Konter) zeigt, daß bereits im letzten Jahrhundert die Ausbildung lediglich auf die „ökonomische Effizienz“ der Praxis ausgerichtet war, verstärkt bei wirtschaftlich angespannter Lage. Architekten und Planer – deren heutiges Berufsfeld sich erst in den 40er Jahren des 19. Jh. entwickelte – paßten sich immer schon schnell an geänderte politische Situationen an. Eines der tragischen Beispiele ist wohl 1933, als der Leiter der Hauptverwaltung des „Bund Deutscher Architekten“, Gaber, formulierte, die „Berufsgruppe der Architekten“ erwarte „von der nationalen Regierung den Ruf, (den) ständischen Aufbau (der Berufsorganisation) zu vollziehen“. Ein neues Bild der Architektentätigkeit be-

ginne sich erst seit 1968 zu entwickeln und würde eher die sozialen Aspekte der Architektur einbeziehen.

Die Auffächerung des Berufsfeldes für Architekten und Planer (Feldhusen) ist wie folgt: Von ca. 79 000 Architekten/Planern/Bau-Ing. sind ca. 50 000 lohnabhängig. Sie arbeiten 1. im öffentlichen Dienst (18 000, davon ca. 5 000 Beamte), 2. in freiberuflichen Büros (ca. 15 000), 3. der Bauindustrie (ca. 10 000), 4. bei Kapitalinvestoren (ca. 5 000) und 5. in Forschungs- und Bildungseinrichtungen (ca. 1 000). Von den sog. „freiberuflichen“ Architekten gibt es ca. 25 500 (1,4% der Büros machen ca. 30% des gesamten Umsatzes).

Ad 2) Pech und Stottrop fanden in 42 Heften der Fachzeitschrift „Bauwelt“ (1984) 263 Stellenangebote für Architekten und Planer davon sechs (!) für Berufsanfänger, und 70 erforderten zusätzlich das 2. Staatsexamen. W. Krieg vom Fachvermittlungsdienst des Arbeitsamtes Düsseldorf berichtete von 7 000 arbeitslosen Architekten/Bau-Ing./Planern bundesweit und 8 375 registrierten Bewerbern. Vermittlungen gab es im Vorjahr ca. 450. Es handelte sich meist um kurzfristig zu besetzende und befristete Stellen.

Ad 3) Der Geschäftsführer der Architektammer NW (Stratmann, zit.: „rechts leben und rechts reden, weil das schön ist“) ließ deutlich werden, wie die Kammer ihren zweifachen gesetzlichen Auftrag versteht (1. Wahrnehmung öffentlicher Interessen des Baubereichs betreffend, 2. Vertretung berufsständischer Interessen, VR). Man verstand, daß zu 1. die Architekten keine Unterstützung der Kammer erhalten und zu 2. offensichtlich lediglich der kleinste Teil der Zwangsmittglieder (!), die größeren „freien Architekten“, gut vertreten sind. Die Mehrheit der Referenten hielt die Kammern für unzeitgemäß und nicht dem allgemeinen Interesse dienlich.

Die Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner (SRL) dagegen vertritt nicht nur berufsständische Interessen, sondern setzt sich auch tätig auseinander mit dem „Planungswesen“ oder der „Berufs-

situation des Planernachwuchses“ (Zlonicky-Krawietz). Der Kollege der BSE (Mahneke) gab klare inhaltliche Positionen zur „Praxisnähe“ der Ausbildung ab: keine Kurzstudiengänge wie sie in der Novelle zum Hochschulrahmengesetz vorgesehen sind, ca. 12 Monate Praktikum vor dem Studium, 10% der Fächer mit Inhalten wie: Situation am Arbeitsmarkt, Arbeitsplatzbedingungen, tarifliche und rechtliche Regelungen, berufliche und soziale Lage, Humanisierung der Arbeit, Mitbestimmung; gelenktes Praktikum.

Ad 4) Ein in Anlagen der Art entwickeltes Studium mit gelenkten Praktika und Begleitseminaren stellte Hennicken für die Gesamthochschule Kassel vor. Einige Probleme, die dabei entstanden, wie erhöhte Kostenaufwendungen für die Studenten oder ihre Konkurrenzsituation zum sonstigen Arbeitsmarkt, bedürfen noch der Lösung. Die letzte Neugründung einer Hochschule, der Technischen Universität Hamburg-Harburg, weist vom Programm her große Bereitschaft auf, sich der Interessen der Allgemeinheit bei der Planung und Entwicklung von gebauter Umwelt anzunehmen (Schubert). Die neue Fachrichtung heißt „Städterneuerung und Werterhaltung“. Der Lehrbetrieb läuft erst seit vier Semestern.

Die Diskussion der Veranstaltung ließ deutlich werden, daß die eingefahrenen Tätigkeitsfelder des „Privatarchitekten“ sich hauptsächlich auf die „ökonomische Effizienz“ des Marktes für Planungsleistungen bezögen, dieses sei überholt und dürfe so nicht mehr in die Ausbildung eingehen. Die beruflichen Perspektiven lägen in einem neuen Berufsfeld eines „Sozialarchitekten“, der sich der Sozial- und Umweltverträglichkeit widme. In diesem Feld sei ein großer Planungsbedarf vorhanden. Es bedürfe jedoch des Abstreifens „berufsständischer“ Organisationsformen, da hier Sozialinteressen vertreten werden müßten.

Volker Roscher

(Der Kolloquiumsbericht erscheint im Mai 1985 unter dem Titel: Architekturpraxis und Ausbildungspraxis, im Christiansverlag Hamburg)

„FRAUEN-ARCHITEKTUR“ – Frauen über Architektur oder Frauenarchitektur?

Bericht über eine Vortragsreihe im Architekturgebäude der TU Berlin am 20., 21. und 22. Mai 1985

„Frauen-Architektur“: Unter dieser Überschrift organisierten Studentinnen am Fachbereich Architektur der TU Berlin in den späten Nachmittag- und frühen Abendstunden eine Vortragsreihe. Zum Schwerpunkt des ersten Tages, „Hausarbeit und Wohnung“, referierten Ulla Terlinden (Berlin), Sigrid Rughöft (Berlin), Gunhild Riemann (Berlin) und Marijke van Moorsel (Eindhoven) und zu dem des zweiten Tages, „Städtebau“, Veronika Keckstein (Berlin), Kerstin Dörhöfer (Aachen) und Luise King (Frankfurt); der dritte Tag, „Beruf: Architektin“, war Erfahrungsberichten und Projektbeschreibungen von Karin Baatz, Anne Rabenschlag (Berlin) und Inken Baller (Berlin) vorbehalten.

Es fällt mir als interessiertem, einem der bedauerlicherweise zu wenigen männlichen Zuhörer recht

schwer, in der hier gebotenen Kürze eine den behandelten Gegenständen, unterschiedlichen Herangehensweisen und auch den Referentinnen adäquate kritische Einschätzung vorzulegen. Erschwerend kommt noch hinzu, daß eine Diskussion mit Ausnahme einzelner Verständnisfragen und grundsätzlicher Fragestellungen aus der weiblichen Zuhörerschaft nicht stattgefunden hat; vermutlich lag es an der für solch thematisch breit angelegte Veranstaltungen typischen Überfülle von Informationen, Fragen, Meinungs- und Glaubenssätzen, teilweise auch an der Vortragsart und der Diskussionsfähigkeit der – vorsichtig ausgedrückt – qualitativ heterogenen Beiträge. Manchmal konnte ich mich nicht des Eindrucks erwehren, daß die weibliche Solidarität manchen Diskus (unzulässiger-

weise) verhindert hat. Auch auf die Gefahr hin, mich Mißverständnissen oder Vorwürfen wie Überheblichkeit oder Voreingenommenheit („typisch Mann“) auszusetzen, möchte ich mir einige (wenige) Bemerkungen zu den Beiträgen nicht verkneifen.

Das einleitende Referat am ersten Tag von Ulla Terlinden, „Auswirkungen des Wandels der Hauswirtschaft in Haus- und Stadtstrukturen“, war für mich enttäuschend. Terlindens logisch- und konkret-historischen Darlegungen und Begründungen des Zusammenhangs von Auflösungsprozeß der Hauswirtschaft und Veränderungen der Stadt- und Hausstrukturen waren gekennzeichnet von einer der Bedeutung ihres Gegenstandes unangemessen weitgehenden Ignoranz des Forschungsstandes in den Gesellschaftswissen-

schaften, der Stadt- und Hausforschung. Sigrid Rughöft („Die Eignung der Wohnung für Hausarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisation von Kindern“) und Gunhild Riemann („Kinderfreundliches Wohnen in der Stadt – Bedingungen und Konzepte“, 79 ARCH⁺, S. 72) beschäftigten sich im Anschluß an Terlinden mit dem Ist-Zustand der frauen- und kinderspezifischen Bedingungen des Wohnbereichs und entwickelten aus ihren kritischen Analysen Forderungen und Konzepte für einen frauen- und kindgerechteren Arbeits- und Reproduktionsbereich Wohnen. Eine Gesamteinschätzung beider Vorträge ist hier nur schwer möglich, da sie sich zur Verdeutlichung auf einzelne Grundannahmen und Lösungsvorschläge beziehen müßte. Marijke van Moorsel, die ihrer Themenstel-

lung zufolge („Räumliches Kontinuum, Dynamik und Asymmetrie – Aspekte frauenfreundlicher Räume“) den Bereich der konkreten Utopie abdecken sollte, leistete sich meiner Auffassung nach den heikelsten Beitrag der gesamten Veranstaltung. Ihr „anschauliches“, d. h. selektives, aus Behauptungen, Vorurteilen und modischen mystifizierenden Elementen entwickeltes Denkkonstrukt von femininen anthropologischen Konstanten und ihr entsprechendes Deutungsmuster fügten sich m. E. relativ nahtlos in die alten und neueren, ähnlich, teils identisch strukturierten Konstrukte und Deutungsmuster konservativer und reaktionärer Männer ein – natürlich mit umgekehrter Wertung.

Der erste Vortrag des zweiten Tages von *Veronika Keckstein*, „Gebrauchsarchitektur – ein Plädoyer für die Alltäglichkeit“ (Vgl. 79 ARCH⁺, S. 68) blieb auch tatsächlich auf der Ebene eines allgemeinen Plädoyers für eine Ästhetik des Alltags, das sie aus „ganzheitlichen“ Betrachtungen über den Gegenstand und Postulaten von scheinbar anthropologischen Konstanten des allgemein Menschlichen, insbesondere des Weiblichen („der Frau als solcher“) – natürlich versus des Männlichen herzuleiten suchte. Wäre ich meinem Drang zu Gehen gefolgt, so hätte ich die Höhepunkte (für mich) der gesamten Veranstaltung versäumt, die mich für mein Ausharren entschädigt haben. „Nachdenken“ sei ihre Tätigkeit, sagte *Kerstin Dörhöfer* („Bau-Herren-Modelle. Zur Ästhetik und Funktionalität in Architektur und Städtebau“); dies konnte ich in ihrem Vortrag auch nachvollziehen. Der Behauptung, Architektur sei geschlechtsunspezifisch (sächlich), stellte sie ihre Ausgangsthese entgegen, daß in der Architektur das männliche Prinzip herrsche. Diese These begründete sie für mich plausibel wohl abgestimmt und geschickt in mehreren Schritten und auf unterschiedlichen Ebenen, der konkreten, phänomenologischen und theoretischen. Es gelang ihr, eine ideengeschichtliche Linie des ideologischen Hintergrundes von Architektur und Städtebau, vor allem der männlichen Ordnungsvorstellungen und der ihnen zugrunde liegenden Konstrukte anthropologischer Konstanten des Männlichen und Weiblichen, ausgehend von der Antike und ihrer Wiederbelebung und Verfeinerung seit der Renaissance über die Moderne bis zur Postmoderne nachzuzeichnen und dabei den engen Zusammenhang von Architektur und Herrschaft, Klassenherrschaft und patriarchaler Herrschaft, und die Gesellschaftlichkeit und Historizität von Architektur und Städtebau herauszuarbeiten. Ihr Vortrag befand sich auf der Höhe des heutigen Forschungsstandes, soweit ich ihn kenne, und ging teilweise hinsichtlich der Fragestellung und Sichtweise über ihn hinaus; er hätte m. E. eine größere Öffentlichkeit verdient gehabt. Auf ähnlichem Niveau bewegte sich auch *Luise King*, die sich in Abänderung des angekündigten Themas („Positionen in Theorie und Praxis“) mit einem Teilaspekt von Stadtentwicklung und städtischem Leben auseinandersetzte, mit dem Zusammenhang von Kultur und Verkehr in der Stadt. Es würde hier zu weit führen, die unterschiedlichen Schichten ihres Herangehens

an ihr Thema (Leitbilder, Stadt- und Verkehrskonzepte, historische Stadtentwicklung u.a.m.) und ihre zahlreichen, kenntnisreichen Anmerkungen zur Frankfurter Situation auch nur aufzuführen, geschweige denn kommentierend darzustellen. Der durchweg informative und erhellende Beitrag litt aber unter der Bedingung, daß King ihre Forderung nach Geschwindigkeitsbeschränkung scheinbar nicht auf ihr Vortragen anwenden zu müssen glaubte.

Nach den nicht zu übersehenden Fluktuationen am ersten Tag und dem scheinbar geringeren Interesse an den Themen des zweiten, war am dritten Tag der Veranstaltungsraum fast gefüllt. Grund: „Praxis“ war angesagt. *Karin Baatz* und *Anne Rabenschlag* referierten über ihre, frauenspezifische Handlungsweisen in Lehre und „Praxis“ („Arbeitsbereiche von Architektinnen: Lehre und Praxis – Gibt es eine frauenspezifische Architektur?“). Im Vordergrund stand ihre „Praxis“ als „Fachfrauen“ bei einem Instandsetzungs- und Modernisierungsprojekt in Berlin-Kreuzberg; sie berichteten über ihre Erfahrungen, Schwierigkeiten und Erfolge bei der Durchsetzung des Projekts (besetztes Haus – Legalisierung), bei der Planung mit den „Betroffenen“ (Frauen) und bei der Bauleitung mit den ausführenden Betrieben und Bauhandwerkern. Auch *Inken Baller* ging im ersten Teil ihrer Vorstellung auf ihre unterschiedlichen Erfahrungen im Studium und Beruf ein („Frauen und Architektur – aus dem Berufsalltag“). Im zweiten Teil erläuterte sie den Ansatz der Ballerschen Architekturproduktion (Ausgleich/„Mitte“ zwischen den widerstrebenden Polen in Gesellschaft und Ästhetik). Daraus entwickelte sie dann, anschaulich gemacht an der Architektur Gaudis, japanischer Villenarchitektur und an einer Art PR-Tour durch die bekannten Ballerschen Projekte in Abgrenzung zu Projekten der Konkurrenz, die Grundprinzipien der Ballerschen Architektur (Aneignung, Vertrautheit, Überschaubarkeit und Aufgehobensein in der Gruppe, Offenheit, Entwicklung der Raumelemente von innen nach außen und von außen nach innen und Vermittlung und aus sich Herauswachsen der architektonischen Elemente). Die Veranstaltung war dann zu Ende, und ohne größere Diskussion lief frau/man auseinander.

Erich Konter

Gustav Peichl, Zeichnungen & Zeichnungen, Architektenskizzen und IRONIMUS-Architekturkarikaturen, Hommage-Karikaturen über O. M. Ungers, Richard Meier, Hans Hollein, Robert Venturi, Mario Botta, James Stirling, Aldo Rossi, J. P. Kleihues, Charles Moore u. a., Galerie Aedes, Grolmanstraße 51, 1000 Berlin 12, Telefon (0 30) 3 12 25 98.



Die Papiere in der Torre

Hommage an die Architektur

Wir wollen unseren Service für nicht so leicht zugängliche Fachliteratur (Produkte von Selbstverlagen, kleinen Verlagen, Universitätspublikationen usw.) verbessern. Bitte schickt uns jeweils ein (kostenloses) Probeexemplar entsprechender Veröffentlichungen zu! Wichtig ist auch die Angabe der Bestelladresse und des Preises! Wir garantieren, daß jedes uns zugestellte Probeexemplar kostenlos in unserer *Literatur-Wiese* aufgeführt wird, behalten uns allerdings das Recht vor, auch einmal einen Kurzkomentar anzuhängen. Belegexemplare können nicht zugesandt werden. Sendungen unter dem Kennwort *Literatur-Wiese* bitte an Harald Bodenschatz, Pariser Str. 52, 1000 Berlin 15.

V. Augustin/H. Berger. *Einwanderung und Alltagskultur. Publica Verlagsgesellschaft. Berlin 1984. 128 Seiten.*

Forster Straße in Berlin-Kreuzberg: „Diese Studie handelt über einen Straßenabschnitt ... Sie beschreibt das Leben der Menschen dort früher und heute ... Wir wollen an der Forster Straße den Prozeß der ersten wie der zweiten Einwanderung im Kleinen studieren.“

Neues Bauen – Neues Gestalten. Das Neue Frankfurt – die neue Stadt. Eine Zeitschrift zwischen 1926 und 1933. Elefanten Press. Berlin 1984. 392 Seiten. 58 DM.

Nachdruck ausgewählter Beiträge der Zeitschrift *Das Neue Frankfurt* mit einem einleitenden „Versuch über das Neue Frankfurt“ von Heinz Hirdina.

Goerd Peschken. *Stadtfreiheit und Landesherrschaft. Berlin-Cölln im Mittelalter. Eine Publikation des Museumspädagogischen Dienstes Berlin, Hardenbergstr. 12, 1000 Berlin 12. 1984. 32 Seiten.*

Joachim Schmalz. *Das Stadtklima. Ein Faktor der Bauwerks- und Städteplanung. Verlag C. F. Müller. Karlsruhe 1984. 137 Seiten. 29,80 DM.*

Ökologisches Gutachten im Auftrag der IBA unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse, mit Beispielen aus Planungsgebieten der IBA.

Kommune-Initiative Emmaus Ndrh. e.V.: Aufbruch zu neuen Lebensformen. 1985. Broschüre mit 38 Seiten. 5 DM. Erhältlich bei Emmaus Ndrh. e.V., Zentrum Dachsberg, Rheurder Str. 200, 4132 Kamp-Lintfort.

Selbstdarstellung eines christlich inspirierten Vereins, der „aktiv an der Lösung grundlegender Probleme unserer Zeit“ mitarbeiten will. „Seine Tätigkeitsgebiete sind offene Sozialarbeit, Friedensarbeit, Umweltschutz und Entwicklungshilfe.“

Klaus M. Schmals (Hg.): *Stadt und Gesellschaft. Academic Verlag. München 1983. 919 Seiten. 80 DM.*

„Ein Arbeitsbuch, Reader und Grundlagenwerk, das anhand einer repräsentativen Textauswahl einen Überblick über die Entwicklung und die aktuelle Ausformung einer Theorie der Stadt ermöglicht.“

L'invention du parc. Parc de la Vilette. Paris. Concours international 1982-1983. Graphite Editions/E.P.P.V. Dezember 1984. 256 Seiten.

Französisch/englische Darstellung

von Beiträgen zu diesem spektakulären Wettbewerb.

Biennale de Paris: Architecture 1985. Vu de l'intérieur ou la raison de l'architecture. Pierre Mardage, éditeur, 2, Galerie des Princes, 1000 Bruxelles. 1985. 303 Seiten.

Galashow der „Architektenprominenz“ in französisch/englisch, u. a. mit den „Deutschen“ Baller, Steidle ...

Siedlungen der zwanziger Jahre in Niedersachsen. Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 4. 217 Seiten. Institut für Denkmalpflege, Scharnhorststr. 1, 3 Hannover 1.

Mit Beiträgen von K. Hartmann, G. und M. Lemke u. a.

Süddeutsche Bautradition im 20. Jahrhundert. Architekten der Bayerischen Akademie der Schönen Künste. Katalog einer Ausstellung im Königsbau der Münchner Residenz vom 14. 3.-10. 5. 1985. Gesamtherstellung: Kastner & Callway, München 1985. 292 Seiten.

H.-P. Gatzweiler/L. Runge. *Laufende Raumbewachung: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden 1984. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Seminare-Symposien-Arbeitspapiere, Heft 17/1984. 141 Seiten. 14 DM. Erhältlich bei der Bf/LR, Postfach 200130, 53 Bonn 2.*

Informationshandbuch für alle an räumlich orientierter Planung, Politik und Forschung Interessierte; einzige Veröffentlichung, die in dieser Form regelmäßig und bundesweit flächendeckend, umfassende regionalstatistische Informationen anbietet.

Mehdi Mahabadi: *Strukturanalyse einer Kleinstadt im Iran. Dargestellt am Beispiel von Natanz. Beiträge zur räumlichen Planung 8, Schriftenreihe des FB Landespflege der Universität Hannover. 267 Seiten. 29 DM. Erhältlich beim Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur der Uni Hannover, Herrenhäuser Str. 2, 3 Hannover 21.*

Untersuchung der gegenwärtig herrschenden Verhältnisse, der historischen Veränderung und den Ursachen und Hintergründen dieser Veränderung einer Kleinstadt im Iran.

Wolfgang Niess. *Volkshäuser – Freizeitheime – Kommunikationszentren. Zum Wandel kultureller Infrastruktur sozialer Bewegungen. Hagen 1984. 449 Seiten. 18 DM. Erhältlich bei der Kulturpolitischen Gesellschaft, Stirnband 8-10, 58 Hagen 1.*

Sehr detailreiche Arbeit über die aus der Arbeiterbewegung entstandenen Volkshäuser (1848 bis 1933) sowie die aus den neuen sozialen Bewegungen entstandenen selbstverwalteten Kommunikationszentren.

Gerrit Confortius. *Sabbioneta oder die schöne Kunst der Stadtgründung. Carl Hanser Verlag. München 1985. 246 Seiten. 34 DM.*

Lebendige Geschichte der berühmten Idealstadt aus dem 16. Jahrhundert in der Poebene.

Raumplanung 28/März 1985. Schwerpunkt: Kommunalen Umweltschutz. Zeitschriftbezug: Informationskreis für Raumplanung, Postfach 500 500, 46 Dortmund 50. Preis einschl. Versandkosten: 8,80 DM.